

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Zum Problem des Ruhrgebiets	1
A. SOKOLOW — Über die Unverletzlichkeit internationaler Abkommen	3
A. BAGRATUNI — Reparationen aus der laufenden Produktion Deutschlands	9
B. GRIBOW — Die Tätigkeit der japanischen Gewerkschaften	12
Internationale Umschau (Notizen)	15
I. JERMASCHOW — Kanada (Geographische Notizen)	19
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen	24
Kritik und Bibliographie:	
E. BLINOW — Aus der Geschichte der Beziehungen zwischen England und den USA	25
Aus dem Briefkasten der Redaktion	28
Chronik der internationalen Ereignisse	31

16

18. April 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. Beresin

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Zum Problem des Ruhrgebiets

UNTER den vom Außenministerrat erörterten Problemen nimmt die Frage nach dem Schicksal des Ruhrgebiets und der Rheinlande einen wichtigen Platz ein. Die öffentliche Meinung der Sowjetunion hat ihr stets erhebliche Beachtung geschenkt, und die Sowjetpresse ist wiederholt auf dieses Problem zurückgekommen.

Das Ruhrgebiet ist das Herz Deutschlands und der mitteleuropäischen Industrie. Es war zugleich die Schmiede der deutschen Aggression, die Waffenkammer des deutschen Imperialismus. Diese beiden Momente sind entscheidend für die Bedeutung des Ruhrgebiets, sie müssen auch entscheiden über die Art, wie die Lösung des Ruhrproblems angepackt wird.

Schon im jetzigen Stadium der Behandlung der Frage sind mehrere Lösungen in Vorschlag gebracht worden.

Die französische Delegation ist für die Abtrennung des Ruhrgebiets und der Rheinlande von Deutschland, sie ist dafür, Deutschland das Eigentumsrecht an den Kohlengruben und Hüttenbetrieben der Ruhr zu entziehen und diese der Verwaltung der verbündeten Staaten zu unterstellen. Diese Vorschläge sind in einer ausführlichen Denkschrift entwickelt, die die französische Delegation den verbündeten Mächten am 1. Februar 1947 unterbreitet hat.

Das Schicksal des Ruhrgebiets ist für Frankreich unstrittig von lebenswichtiger Bedeutung. Es sieht in der Demilitarisierung des Ruhrgebiets eine der wesentlichsten Garantien seiner Sicherheit. Mehr als einmal haben die Kohle und die Metalle des Ruhrgebiets dem französischen Volk Tod und Zerstörung gebracht. Auf der anderen Seite bedarf Frankreichs Wirtschaft dringend der Ruhrkohle, und zwar heute vielleicht mehr als je zuvor. Aber um so mehr erfordert das tiefgreifende Interesse an der Ruhr eine kapitale und richtige Lösung dieses Problems, d. h. eine Lösung, die zwei grundlegenden Forderungen Genüge leistet. Das ist erstens die Demilitarisierung und Demokratisierung des

Ruhrgebiets, die Umstellung seiner Industrie auf Friedensverhältnisse und die Beseitigung der Möglichkeit, sie für die Zwecke einer militärischen Aggression auszunutzen. Das ist zweitens die Ausnutzung der Naturreichtümer des Ruhrgebiets für den Wiederaufbau und die normale Entwicklung der Wirtschaft der europäischen Länder, in erster Linie derjenigen, für die der Zutritt zu der Kohle und den Metallen des Ruhrgebiets die wichtigste Voraussetzung ihrer wirtschaftlichen Wiedergeburt ist. Von diesem Standpunkt aus erreichen die französischen Vorschläge in der Ruhrfrage nicht das Ziel.

Vor allem ist die Abtrennung des Ruhrgebiets und der Rheinlande ein Teil jener allgemeinen Einstellung auf die Zerstückelung Deutschlands, die Deutschland als einen selbständigen Staat ausschalten will. Ein solcher Kurs entspricht, wie von Seiten der Sowjetunion wiederholt auseinandergesetzt worden ist, nicht den Anforderungen eines festgefügten Friedens. Ein zerstückeltes Deutschland könnte besonders leicht zu einer Brutstätte revanchistischer und militaristischer Kräfte werden. Gleichzeitig könnte eine solche Lösung der Frage die Verwirklichung der grundlegenden Aufgaben der Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands außerordentlich erschweren, ja sogar unterbinden. Indessen ist Frankreich nicht weniger als Deutschlands übrige Nachbarländer daran interessiert, daß Deutschland zu einem wirklich demokratischen friedliebenden Staat werde, in welchem Chauvinismus und Militarismus keinen Platz finden.

Gleichzeitig kann die Abtrennung des Ruhrgebiets und der Rheinlande Frankreich keine Garantie dafür bieten, daß es die von seiner Industrie benötigten Ruhrkohlen erhält. Ein überzeugender Beweis hierfür ist die Situation, die gegenwärtig im Ruhrgebiet herrscht.

England und die USA führen im Ruhrgebiet eine Politik einseitiger Handlungen durch, deren Sinn für niemand ein Geheimnis bleiben kann. Seit der ökonomischen Vereinigung der engl-

schen und der amerikanischen Besatzungszonen wird Westdeutschland, also auch das Ruhrgebiet, von den angelsächsischen Mächten unter Umgehung des Kontrollrats verwaltet. Eine solche Handlungsweise, die die politische und ökonomische Einheit Deutschlands verletzt, widerspricht zugleich auch den Aufgaben, die sich aus dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ergeben. Wie anomal die Situation ist, springt besonders in die Augen, wenn man bedenkt, mit welcher Hartnäckigkeit die Vertreter Englands und der USA im Außenministerrat ihren Wunsch betonen, die Wirtschaft Europas als ein einheitliches Ganzes betrachtet zu sehen.

Faktisch stehen die Kohle und die Metalle des Ruhrgebiets unter der ungeteilten Kontrolle Englands und der USA. Die Besatzungsbehörden der beiden Zonen verfügen über die Ruhrreichtümer nach eigenem Ermessen und im eigenen Interesse. Nicht nur nicht berücksichtigt, sondern sogar direkt verletzt werden die Interessen aller übrigen Länder, darunter auch Frankreichs. Frankreich vermag nicht zu erreichen, daß seine Industrie in normaler Weise mit Ruhrkohle beliefert wird. Die nachdrückliche Forderung der französischen Regierung, man solle ihr Ruhrkohlen auf Reparationskonto liefern, bleibt unbefriedigt. Die englischen Behörden exportieren die Ruhrkohle und lassen sie sich mit Devisen bezahlen. Aber gerade diejenigen Länder Europas, die von der Hitlerokkupation ernstlich in Mitleidenschaft gezogen worden sind, also auch am meisten der Ruhrkohle bedürfen, verfügen nicht über Devisenquellen. Auf diese Weise haben die europäischen Länder faktisch keinen Zutritt zu den gesamten Reichtümern der Ruhr, und das Ruhrgebiet wird nicht für die Wiederherstellung der normalen Industrietätigkeit Europas, ja nicht einmal Deutschlands selbst, ausgenutzt.

Auch noch durch einen anderen Umstand kompliziert sich die Situation. Das Schalten und Walten der englischen und amerikanischen Monopole im Ruhrgebiet und die von den Besatzungsbehörden einerseits gegenüber den deutschen Konzernen, anderseits gegenüber den Gewerkschaften und den Arbeitern betriebene Politik tragen durchaus nicht zur Hebung der Kohlenförderung und zur Schaffung gesunder Verhältnisse in den Kohlengruben bei. Diese Politik ruft innerhalb der Bevölkerung stürmische Proteste hervor. Die Kohlenförderung verharrt auf einem äußerst niedrigen Niveau. In dem Augenblick z. B., wo die Steinkohlenförderung in der Sowjetzone 74 Prozent des Niveaus von 1938 erreicht hat, werden in der britischen Zone nur 39 Prozent der damaligen Menge gefördert.

Die im Ruhrgebiet durchgeführte Wirtschaftspolitik der Besatzungsbehörden ist in der Presse und von den Parlamentstribünen aus schon so manches Mal einer berechtigten Kritik unterworfen worden. Diese Politik, die die Steigerung der Kohlenförderung behindert, wirkt sich auf die deutsche Wirtschaft im ganzen ungünstig aus und hemmt ihre Umstellung auf Friedensverhältnisse.

Die Sowjetregierung hat bereits auf der Potsdamer Konferenz den Vorschlag eingebracht, das Industriegebiet der Ruhr erstens als einen Teil Deutschlands zu betrachten und es zweitens einer Viermächtekontrolle zu unterstellen. Zu diesem Zweck wurde vorgeschlagen, einen aus Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der Sowjetunion bestehenden Alliiertenrat ins Leben zu rufen. Damals wurde die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet auf Initiative Bevins zurückgestellt — es wurde beschlossen, sie im Außenministerrat zu behandeln. Das ist jedoch seitdem nicht geschehen, obgleich die Sowjetregierung im Juli v. J. noch einmal einen entsprechenden Vorschlag eingebracht hat.

Bevin hat auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats bei Behandlung des Berichts des Kontrollrats — Abschnitt: ökonomische Prinzipien und Reparationen — die Erklärung abgegeben, die britische Regierung sei mit einer Viermächtekontrolle über das Ruhrgebiet nicht einverstanden. Eine solche Stellungnahme läßt sich nur durch die unmittelbaren Wirtschaftsvorteile erklären, die aus der unkontrollierten Ausbeutung der Ruhrreichtümer fließen. Aber diese Stellungnahme entspricht weder den Interessen der übrigen Mächte, in erster Linie der europäischen, noch ist sie geeignet, die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Friedensverhältnisse, die Demilitarisierung und Demokratisierung des Landes, also auch die Errichtung eines festgefügten Friedens zu fördern.

Man kann die gegenwärtig im Ruhrgebiet zu verzeichnende Lage unmöglich als normal erachten. W. M. Molotow hat vor dem Außenministerrat darauf hingewiesen, daß die Sowjetregierung eine Situation für unstatthaft hält, angesichts der das Ruhrgebiet, das in militärischer und industrieller Beziehung von so außerordentlicher Bedeutung ist, unter der Kontrolle allein der britischen (und nach der Vereinigung der beiden Westzonen auch der amerikanischen) Besatzungsbehörden bleibt, ohne daß die anderen verbündeten Besatzungsmächte beteiligt sind. W. M. Molotow erklärte:

„Die Sowjetregierung besteht auch jetzt auf ihrem Vorschlag, eine Viererkontrolle

über das Industriegebiet der Ruhr herzustellen. Dieser Vorschlag soll Deutschlands Entwicklung auf friedlichem, demokratischem Wege sichern, und außerdem dafür sorgen, daß die ökonomischen Hilfsquellen des Ruhrgebiets vor allem im Interesse des deutschen Volkes, gleichzeitig aber auch im Interesse der anderen Völker Europas ausgenutzt werden.“

In der Frage des Ruhrgebiets ist die Stellungnahme der Sowjetunion, ebenso wie bei der Lösung des deutschen Problems überhaupt, frei davon, eigennützige Interessen und einseitige Auffassungen verteidigen zu wollen. Die Sowjetvorschläge sind geleitet von dem Bestreben, die gestüdtesten Grundlagen zu schaffen für einen wirklich dauerhaften und anhaltenden Frieden.

Über die Unverletzlichkeit internationaler Abkommen

A. SOKOLOW

DER AUSSENMINISTERAT, dessen Moskauer Tagung vor ernsten und verantwortungsvollen Aufgaben steht, stößt in seiner Arbeit auf nicht geringe Schwierigkeiten. Breite Kreise der Öffentlichkeit wollen erfahren, welchen wesentlichen Ursachen und Quellen diese Schwierigkeiten entspringen. Auf der Suche nach diesen Ursachen gehen viele ausländische Berichterstatter jedoch einen falschen Weg.

So suchen sie die Wurzeln des Übels häufig in den von den Verbündeten während des Krieges gemeinsam gefassten Beschlüssen. Besonders giftige Pfeile werden auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz abgeschossen. Viele englische und amerikanische Zeitungen scheuen keine Mühe, um die Potsdamer Dokumente in den düstersten Farben darzustellen. Sie seien unklar, nebelhaft abgefaßt, bestünden aus Kautschukformulierungen, die das Resultat eines Kompromisses seien, und jede beteiligte Partei könne aus diesen Formulierungen herauslesen, was ihrem Standpunkt und ihren Interessen entspricht.

Die von den Verbündeten während des zweiten Weltkrieges erzielten Abkommen sind natürlich das Resultat eines bestimmten Kompromisses, denn sie wurden im Wege der Koordinierung verschiedener Auffassungen ausgearbeitet. Anders aber kann es auch nicht sein, wenn es sich um Abkommen zwischen souveränen Großmächten handelt, und nicht um Versuche, den Willen einer Macht oder einer Gruppe von Mächten den anderen Verhandlungspartnern aufzuzwingen. So ist es, seitdem auf der Welt internationale Abkommen selbständiger Staaten existieren. Weshalb also spricht man in einem solchen Fall so viel von dem angeblichen Kautschukcharakter der Potsdamer Beschlüsse? Es handelt sich, wie

wir weiter unten sehen werden, nicht um irgend einen besonderen Mangel dieser Beschlüsse, sondern um etwas ganz anderes.

Ohne sich auf die Version, die Abkommen von Potsdam und zugleich auch die von der Krim und von Teheran seien unklar, zu beschränken, greifen viele der Berichterstatter, die geneigt sind, alles in der Welt auf den von ihnen selbstersonnenen „unüberbrückbaren Abgrund“ zwischen dem Westen und dem Osten zurückzuführen, außerdem noch zu der folgenden Erläuterung. Das Malheur bestehe darin, daß „die Russen sich doktrinär an den Buchstaben der Beschlüsse halten“, während man „im Westen ein freieres Herantreten vorzieht“. Hierbei versucht die Presse, die öffentliche Meinung ihrer Länder gegen die „außerordentliche Engherzigkeit“ scharfzumachen, die angeblich von denen an den Tag gelegt wird, die auf der Durchführung gemeinsam gefasster Beschlüsse bestehen, und für eine „liberalere“ Ausdeutung dieser Beschlüsse zu werben, die den fortschreitenden Ansforderungen des Lebens besser entspreche.

Verhält es sich jedoch wirklich so? Um diese Frage zu beantworten, wenden wir uns den Tatsachen zu.

1. Über die polnisch-deutsche Grenze

Die Führer der drei Großmächte — der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens — haben bekanntlich auf ihrer Potsdamer Konferenz über die neue polnisch-deutsche Grenze ein bestimmtes Abkommen erzielt. Die Häupter der drei Regierungen kamen überein, daß die ehemaligen deutschen Gebiete östlich von einer Linie, die der

Oder und der Westlichen Neiße folgt, der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt werden sollen. Hiermit war die Frage der Westgrenze Polens entschieden. Die formelle Ausgestaltung dieses Beschlusses wurde natürlich bis zur Friedenskonferenz verschoben, die die Aufgabe haben wird, über Deutschlands Nachkriegsgrenzen im ganzen zu beschließen. Für jeden gesund denkenden und unvoreingenommenen Menschen ist es jedoch klar, daß der Beschuß der Potsdamer Konferenz im Grunde endgültig ist und keiner Revision unterliegt. Die Häupter der drei Regierungen, die sich über die neue Nachkriegsgrenze zwischen Polen und Deutschland verständigten und die in dieser Frage erzielte Verständigung durch ihre Unterschriften besiegelten, haben die durchaus bestimmte Verpflichtung übernommen, die neue Grenze Polens vor jedem beliebigen internationalen Forum zu verteidigen. Da nun auf der kommenden Friedenskonferenz die einmütige Stellungnahme der Verbündeten Großmächte von entscheidender Bedeutung sein wird, so leuchtet ein, daß die in Potsdam festgelegte polnisch-deutsche Grenze als unantastbar zu gelten hat.

Hiervon gingen die Verbündeten aus, als sie die geplante Aussiedlung mehrerer Millionen Deutscher aus den an Polen fallenden Gebieten billigten. In der seitdem vergangenen Zeit wurde diese Aussiedlung durchgeführt. Während der gleichen Zeit wurden in den Westgebieten Polens Millionen von Polen angesiedelt, und gegenwärtig besteht die Bevölkerung dieser Territorien aus etwa 5 Millionen Polen und nur 400 000 Deutschen.

Es ist nicht nur schwer, sondern einfach unmöglich, sich vorzustellen, die Großmächte hätten eine so massenhafte Umsiedlung sanktionierte, wenn sie die in Potsdam festgelegte polnisch-deutsche Grenze als eine zeitweilige Linie betrachtet hätten, die nur für eine kurze Frist, bis zur Einberufung der Friedenskonferenz, berechnet gewesen wäre.

Diese einzige mögliche Auffassung des absolut kären Potsdamer Beschlusses über die polnisch-deutsche Grenze rief eine Zeitlang bei keinem einzigen Menschen Zweifel hervor. Präsident Truman erklärte nach seiner Rückkehr aus Potsdam in einer Rundfunkrede vom 9. August 1945 folgendes:

„Das von den Polen zu verwaltende Territorium wird Polen die Möglichkeit geben, seine Bevölkerung besser aufrechtzuerhalten (better to support its population). Es wird eine kürzere und leichter zu verteidigende Grenze zwischen Polen und Deutschland schaffen. Von Polen besiedelt, wird es eine homogener Nation sichern.“

Kennzeichnend ist, daß auch Frankreich, das nicht an der Potsdamer Konferenz beteiligt war,

ihren Beschlüssen jedoch später beitrat, das dort erzielte Abkommen über die polnisch-deutsche Grenze genau in diesem Sinne interpretierte. Vertreter der französischen Regierung bemerkten, dieser Beschuß trage „im Grunde fundamentalen Charakter“.

Es handelt sich also nicht um irgendeine Unklarheit des gefaßten Beschlusses. Nichtsdestoweniger begannen die Vertreter der USA und dann auch Englands vor einiger Zeit mit einer Kampagne gegen den von den Häuptern ihrer eigenen Regierungen besiegelten Beschuß. Eingeleitet wurde die Attacke im September 1946 durch den damaligen USA-Staatssekretär Byrnes. In seiner Stuttgarter Rede sprach Byrnes sich für eine Änderung der Ostgrenzen Deutschlands aus. Die demokratische Weltöffentlichkeit verurteilte diese Rede damals mit Recht als einen Akt, der die Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit der Verbündeten nach dem Kriege untergräbt. Es wurde hervorgehoben, man könne sich schwer einen Schritt vorstellen, der geeigneter wäre, die gefährliche Wiederanfachung chauvinistischer und revanchistischer Stimmungen in Deutschland zu fördern. Wirklich war die Rede von Byrnes eine Art Signal für die deutschen Reaktionäre. Sie beflogte die faschistischen Elemente, die, wie das Leben zeigt, ihr Lied durchaus nicht für ausgesungen halten, mit neuen Hoffnungen.

Am 9. April, auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats, hat USA-Staatssekretär Marshall die Frage der polnisch-deutschen Grenze erneut aufgeworfen, indem er den Vorschlag machte, diesen Teil der Potsdamer Beschlüsse zu revidieren.

Dem Außenministerrat, der gegenwärtig das deutsche Problem erörtert, steht die Entscheidung über viele noch nicht gelöste Fragen bevor. Kann man die Erzielung einer Verständigung über diese Fragen erleichtern, wenn man den Weg der Revision bereits gefaßter Beschlüsse beschreitet?

Bezeichnenderweise hat Bidault, der französische Außenminister, noch einmal betont, daß Frankreich sich dem Beschuß der Potsdamer Konferenz über die Ostgrenzen Deutschlands angeschlossen hat und daß die französische Regierung auch weiter auf diesem Standpunkt steht.

Welchen Sinn hat unter diesen Umständen der Vorschlag des USA-Vertreters, der von seinem englischen Kollegen unterstützt wird, eine Kommission einzusetzen für die Revision des Potsdamer Beschlusses über die polnisch-deutsche Grenze? Die Auslands presse bemerkte, man hätte praktisch nicht mit einer Annahme dieses Vorschlags rechnen können, da der Standpunkt der

Sowjetunion, die entschlossen für die Verteilung der gemeinsamen Beschlüsse der Verbündeten eintritt, der ganzen Welt bekannt sei. Damit gibt die Presse jedoch zu, daß ein von den Verbündeten bereits gelöstes Problem abermals ans Tageslicht gezerrt wurde, um eine Karte im diplomatischen Spiel mehr zu haben. Allerdings versuchte der USA-Vertreter auf einer der Sitzungen des Außenministerrats, überzeugend und leidenschaftlich nachzuweisen, es sei unzulässig, das deutsche Problem zu einem Gegenstand des politischen Spiels zwischen den Verbündeten zu machen. Offenbar aber stimmen die Taten zuweilen nicht mit den Worten überein...

2. Über die deutschen Reparationen

Die von den Vertretern der angelsächsischen Mächte auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats unternommenen Versuche, die in der Krim und in Potsdam gefassten Beschlüsse zu revidieren, erstrecken sich auch auf die Reparationsforderungen der Sowjetunion an Deutschland.

Bei ihren Einwendungen gegen Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion versuchten die Vertreter der USA und Englands zu behaupten, das Potsdamer Abkommen, das nur von Reparationen in Gestalt einmaliger Betriebsentziehungen spricht, habe dadurch das früher geschlossene Krimabkommen aufgehoben, worin von Reparationen sowohl in Form von Betriebsausrüstungen als auch in Form von Erzeugnissen der laufenden Produktion der deutschen Industrie die Rede ist. Diese Argumentation hält jedoch nicht der geringsten Kritik stand, da das Potsdamer Abkommen mit der direkten Berufung darauf beginnt, daß es „in Übereinstimmung mit dem Beschuß der Krimkonferenz“ getroffen worden ist. Somit hatte das Potsdamer Abkommen den Zweck, den Krimbeschuß nicht aufzuheben, sondern durchzuführen.

Die Anhänger einer Revision der gemeinsamen Reparationsbeschlüsse der Verbündeten, die offenbar fühlen, wie wenig haltbar ihr Standpunkt ist, schrecken auch vor direkten Fälschungsversuchen nicht zurück. So z. B. veröffentlichte die „New York Times“ Ende März den Wortlaut des Potsdamer Abkommens in entstellter Form, da sie den Absatz ausließ, der sich direkt auf den Krimbeschuß beruft. Dieses Vorgehen verdient besondere Beachtung, da das Blatt erklärte, das von ihm veröffentlichte Dokument vom USA-Staatsdepartement erhalten zu haben.

3. Über die provisorische politische Organisation Deutschlands

Die Potsdamer Konferenz hat beschlossen, von Staatssekretären zu leitende zentrale deutsche Verwaltungsdepartements einzurichten, die das

Finanzwesen, das Verkehrs wesen, das Postwesen, den Außenhandel und die Industrie leiten sollen. In den Beschlüssen der Konferenz steht geschrieben: „Diese Departements werden unter der Leitung des Kontrollrats tätig sein.“

Als der Außenministerrat zur Erörterung der Frage der zentralen deutschen Verwaltungsdepartements schritt, brachten die französische, die amerikanische und die britische Delegation einen Vorschlag ein, der folgendes besagt:

„Jedes Departement wird unter der Leitung eines deutschen Exekutivkomitees aus Vertretern der verschiedenen Länder bestehen, dessen Vorsitzender die Exekutivgewalt zur Durchführung der von der Mehrheit des Komitees gefassten Beschlüsse besitzen wird.“

W. M. Molotow erinnerte an den von der Potsdamer Konferenz über die zentralen deutschen Verwaltungsdepartements gefassten Beschuß und wies nach, daß der neue Vorschlag der drei Delegationen eine ganz andere Lösung der Frage bringt, die dem Potsdamer Beschuß widerspricht. Die Potsdamer Konferenz hatte beschlossen, daß die deutschen Verwaltungsdepartements von Staatssekretären geleitet werden und unter der Führung des Kontrollrats arbeiten sollen. Jetzt dagegen wurde vorgeschlagen, daß die Departements unter der Leitung eines Organs arbeiten sollen, das aus Vertretern der deutschen Länder besteht und seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit faßt.

Der Sinn dieses Vorschlags springt in die Augen. Unterordnung der zentralen deutschen Verwaltungsdepartements unter ein aus Vertretern der Länder bestehendes Exekutivkomitee würde bedeuten, daß die deutschen Staatssekretäre Beschlüsse durchführen werden, die von den Vertretern der einzelnen Länder mit Stimmenmehrheit gefaßt sind. Dies würde einen weiten Spielraum schaffen für Manöver, die darauf abzielen, den Anhängern einer bestimmten Orientierung die Mehrheit in den entsprechenden deutschen Exekutivkomitees zu sichern.

Nachdem W. M. Molotow die Frage gestellt hatte, ob der diesbezügliche Potsdamer Beschuß in Kraft bleibt, oder ob die britische und die amerikanische Delegation ihn aufzuheben und einen neuen Beschuß zu fassen vorschlagen, wurde von amerikanischer und britischer Seite der Versuch gemacht, den neuen Vorschlag als geringfügiges Amendement hinzustellen. Die Sowjetdelegation erklärte jedoch, sie sei für den diesbezüglichen Potsdamer Beschuß und könne sich deshalb nicht mit dem neuen Vorschlag einverstanden erklären. Ferner beriet der Außenministerrat über einen von den Delegationen der USA und Großbritanniens eingebrachten anderen Vorschlag, der die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Departements und dem

Kontrollrat betrifft und in dem folgendes gesagt ist:

„Bei der Ausübung seiner Macht soll der Kontrollrat von der direkten Leitung der zentralen Verwaltungsdepartements oder der sorgfältigen Überwachung dieser Departements absehen.“

Die Sowjetdelegation erklärte, daß auch dieser Vorschlag dem Potsdamer Beschuß widerspricht, worin festgesetzt wird, daß die zentralen deutschen Verwaltungsdepartements „unter der Leitung des Kontrollrats tätig sein werden“.

4. Die Einheit Deutschlands und das englisch-amerikanische Zonenvereinigungsabkommen

Die Wichtigkeit des Problems der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands liegt auf der Hand. In Potsdam wurden für die Lösung dieses Problems Fundamente gelegt, die damals allen verbündeten Mächten annehmbar erschienen. In Potsdam wurde proklamiert, daß die Verbündeten die Absicht haben, Deutschland als ein ökonomisches Ganzes zu behandeln. Dieser höchst wichtige prinzipielle Beschuß eröffnete einen Weg für die gemeinsame Politik der Verbündeten, gerichtet auf die Erfüllung der vor ihnen stehenden Aufgaben der Demokratisierung und Denazifizierung Deutschlands und die Hebung der deutschen Friedenswirtschaft mit der Maßgabe, daß sie die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten und den entsprechenden Lebensstandard der deutschen Bevölkerung sicherzustellen vermag.

Aber 15 Monate nach der Potsdamer Konferenz unterzeichneten die USA und England ein Abkommen über die ökonomische Vereinigung ihrer Besatzungszonen. Dieses Abkommen kann unmöglich anders betrachtet werden als eine auf die ökonomische, also auch politische Spaltung Deutschlands in zwei Teile — einen westlichen und einen östlichen — gerichtete Maßnahme.

Wir brauchen hier nicht auf die wirklichen Ziele einzugehen, die die angelsächsischen Mächte mit diesem ihrem Schritt verfolgen, zumal die Hintergründe dieser Politik in unserer Presse schon wiederholt beleuchtet worden sind. Hier gilt es nur, die Frage von einer bestimmten Seite zu betrachten, nämlich im Hinblick auf die Haltung zu bereits früher von den Verbündeten gefassten Beschlüssen.

Das englisch-amerikanische Abkommen über die Vereinigung der Zonen ist eine ausgesprochene und unverhüllte Verletzung des Potsdamer Beschlusses über die ökonomische Einheit Deutschlands. Die offiziellen Vertreter Londons und Washingtons, die sich hierüber Rechenschaft ablegen, sowie einflußreiche Presseorgane der beiden Länder, leiteten eine entsprechende Kam-

pagne ein, die sich um den Nachweis bemühte, die englische und die amerikanische Diplomatie hätte sich nur mit der größten Unlust hierzu entschlossen, da es in der entstandenen Situation keinen anderen Ausweg gegeben habe. Zu diesem Zweck wurde rasch die Version fabriziert, die Sowjetunion lehne es ab, Deutschland als ein wirtschaftliches Ganzes zu betrachten.

Diese Version besitzt alle Vorteile außer dem einen: auch nur die geringste Übereinstimmung mit der Wirklichkeit zu zeigen. Ihre Urheber ließen sich im Grunde von einer ganz durchsichtigen Spekulation leiten. Ihre Erklärungen, Behauptungen und Argumentationen werden ja dutzende- und hundertmal von diensteifrigsten Zeitungsschreibern wiederholt, deren Artikel in Zeitungen mit Millionenauflagen gedruckt werden, während die Erläuterungen der Sowjetseite, die das Ziel verfolgen, die wahre Sachlage wiederherzustellen, bestenfalls von einigen Zeitungen im Vorbeigehen erwähnt und den Lesermassen Englands und Amerikas faktisch verheilt werden. Das ist nun einmal die Mechanik der berüchtigten Pressefreiheit in den Ländern der westlichen Demokratie. Die erfahrenen Geschäftemacher aus der politischen Branche verstehen es nicht schlecht, sich dieses Mechanismus für ihre Zwecke zu bedienen.

Die Wahrheit läßt sich jedoch nicht lange verheimlichen. Sie besteht darin, daß die angelsächsischen Mächte in Wirklichkeit nicht nur keinerlei Schritte getan haben, um den Potsdamer Beschuß, Deutschland als ein wirtschaftliches Ganzes zu behandeln, durchzuführen, sondern, im Gegenteil, gleich nach Potsdam beschritten sie den Weg völliger Ignorierung und Verletzung dieses Beschlusses. Die englischen Behörden z. B. begannen von allem Anfang an die Kohlenproduktion des Ruhrgebiets nicht durch den Kontrollrat in Deutschland zu verteilen, wie sich das aus dem Geist und dem Buchstaben des Potsdamer Abkommens ergab, sondern durch ihre Organe in London, ohne den Meinungen der anderen verbündeten Mächte im geringsten Rechnung zu tragen. Die wiederholten Versuche der Sowjetunion, diese Sache auf die Geleise der gemeinsamen Politik der Verbündeten umzuleiten, zeigten keine Ergebnisse.

Ebenso gröblich verletzten die englischen und die amerikanischen Besetzungsbehörden die Potsdamer Beschlüsse über die Reparationslieferungen aus den Betriebsausrüstungen deutscher Unternehmen in den westlichen Besatzungszonen. Von allem Anfang an wurde Kurs darauf genommen, die Lieferungen an die Sowjetunion zu hintertreiben. Unter diesen Umständen sicherten die sowjetischen Besetzungsbehörden die

Ausnutzung der Hilfsquellen der Ostzone für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und ferner für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen gemäß den Potsdamer Beschlüssen.

Das Problem der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands hängt eng zusammen mit der Frage seiner politischen Einheit. In den USA und in England gibt es bekanntlich eine sehr starke Tendenz, Deutschland politisch zu zerstücken. Ohne uns in diesem Fall auf eine Analyse der Interessen einzulassen, die diese Tendenzen erzeugen und nähren, wollen wir nur daran erinnern, daß ein auf die politische Zersplitterung Deutschlands gerichteter Kurs den Interessen eines festgefügten und andauernden Friedens keineswegs entspricht. Ein solcher Kurs kann weder unter den Volksmassen der Siegermächte populär noch für das deutsche Volk annehmbar sein.

Diese Umstände sind es offenbar, die die in letzter Zeit unternommenen neuesten Versuche erklären, die Geschichte der Frage nach der politischen Zerstückelung Deutschlands wesentlich „zurechtzubiegen“.

Bekanntlich ist Ernest Bevin auf einer der Sitzungen des Außenministerrats mit einer Erklärung hervorgetreten, deren Sinn dahin ging, in Teheran sei die Zerstückelung Deutschlands vorgeschlagen worden, während in Potsdam die Sowjetunion überraschenderweise die Notwendigkeit betont habe, die politische Einheit dieses Landes aufrechtzuerhalten.

Eine gewisse Nebelhaftigkeit der Ausdrucksweise in der Erklärung Bevins war offenbar kein Zufall. Dennoch wurde die Frage bis zu Ende klargestellt in der Rede W. M. Molotows, der die wirkliche Genesis der Sache darlegte.

Diese Geschichte ist sehr lehrreich. In Teheran schlug die USA-Delegation vor, Deutschland in fünf Teile zu zerlegen. Irgendein Beschuß in dieser Hinsicht wurde jedoch nicht gefaßt. Etwa ein Jahr nach der Teheraner Konferenz, im Oktober 1944, legten der damalige englische Premierminister Churchill und der damalige englische Außenminister Eden bei ihrem Besuch in Moskau im Namen der britischen Regierung einen neuen Plan für die Aufteilung Deutschlands vor, worin von der Zerstückelung dieses Landes in drei Teile die Rede war. So ergibt sich, daß die Aufteilungspläne von den USA und von Großbritannien ausgingen. Was nun die Sowjetunion betrifft, so erklärte am 9. Mai 1945, gleich nach der Kapitulation Deutschlands, J. W. Stalin, das Haupt der Sowjetregierung, daß die Sowjetunion „sich nicht dazu anschickt, Deutschland zu zerstücken oder zu vernichten“. Einige Monate später betonten die Sowjetvertreter durchaus konsequent die Not-

wendigkeit, Deutschland als ein in wirtschaftlicher und politischer Beziehung einheitliches Ganzes zu behandeln.

Der ungewitzigte Leser könnte fragen, was ein so ungeschickter Versuch, zwei — drei Jahre nach den geschilderten Ereignissen die Geschichte „zurechtzubiegen“, eigentlich bezweckt. Gerade jetzt, wo mit der Zukunft Deutschlands und ganz Europas verbundene grundlegende Probleme erörtert werden, scheint es gewissen Leuten nicht unvorteilhaft, die Politik der Sowjetunion, die einen konsequenten Kampf für einen von allen wie immer gearteten imperialistischen Tendenzen freien demokratischen Frieden führt, in einem Zerrspiegel zu zeigen. Hierbei spielt auch die Berechnung mit, es werde gelingen, bestimmte Seiten der Politik der anderen Mächte in Dunkel zu hüllen. Kein Zweifel, daß diese Versuche sich in letzter Instanz als mit untauglichen Mitteln unternommene Versuche erweisen werden. Sie haben jedoch teilweise den Effekt, eine Art Rauchvorhang zu schaffen, der den wahren Sinn gewisser diplomatischer Manöver vor der öffentlichen Meinung verbirgt.

* * *

Die Untersuchung einiger Fragen, die jetzt zur Behandlung stehen, gestattet es demnach, zu bestimmten Schlußfolgerungen zu gelangen. Die Tatsachen sprechen davon, daß die Potsdamer Beschlüsse ebenso wie die anderen, während des Krieges gefaßten Beschlüsse der Verbündeten durchaus nicht an irgendeiner Unklarheit leiden, die die Arbeit der Moskauer Tagung des Außenministerrats erschweren oder komplizieren könnte. Klar ist auch, daß die Stellungnahme der Sowjetvertreter, die stets von der Notwendigkeit ausgehen, gemeinsam gefaßte Beschlüsse auch einzuhalten, am allerwenigsten als eine unnötige Hartnäckigkeit oder als Pedanterie charakterisiert werden kann. Man stelle sich vor, was z. B. im geschäftlichen und öffentlichen Leben irgend eines Staates oder im persönlichen Leben seiner Bürger geschehen würde, wenn die Realisierung zwischen juristischen Personen oder Bürgern geschlossener Vereinbarungen oder unterzeichnete Verträge für eine unnötige Pedanterie erklärt würde! Indessen zeugt nicht nur die Haltung der angelsächsischen Mächte zu den in Teheran, Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüssen, sondern auch ihre Haltung zur Satzung der UNO, die ihren Ausdruck gefunden hat in dem Gesetzentwurf des Präsidenten Truman über die sogenannte „Hilfe“ für Griechenland und die Türkei, von der gefährlichen Tendenz, sich von gefaßten Beschlüssen abzukehren und internationale Abkommen zu umgehen und zu ignorieren.

Eine normale und ehrliche internationale Zusammenarbeit kann nur basieren auf der Gewißheit, daß verabredete Beschlüsse von allen beteiligten Parteien durchgeführt werden. Andernfalls geht jeder Ansporn zu der langwierigen, skrupulösen und durchaus nicht leichten Arbeit verloren, die notwendig ist, um zu einer koordinierten Beschußfassung zu gelangen. Welchen Sinn hat die Ausarbeitung von Beschlüssen, die für alle Beteiligten annehmbar sind, wenn von vornherein bekannt ist, daß einer oder der andere der Beteiligten sich nicht durch Dokumente gebunden erachtet, unter denen die Unterschriften ihrer höchst verantwortlichen Vertreter stehen.

Die Geschichte lehrt, daß es zu nichts Gutem führt, wenn internationale Verpflichtungen als ein Fetzen Papier behandelt werden. Eine Verletzung internationaler Verträge zieht stets für den Frieden und die Völkersicherheit verderbliche Folgen nach sich.

Aber vielleicht haben internationale Abkommen heutzutage angesichts der Erfolge der Technik auf allen Gebieten des Lebens ihre Wichtigkeit verloren?

Durchaus nicht! Eher umgekehrt: in unserer Zeit ist die Unverletzlichkeit von den Großmächten geschlossener Abkommen notwendiger als jemals zuvor. In der gegenwärtigen Epoche kommt der Frage des friedlichen Zusammenlebens zweier sozialer und ökonomischer Systeme ernste Bedeutung zu, und eines der wichtigsten Probleme besteht, wie nicht selten in der Auslands presse erklärt wird, darin, eine gemeinsame Sprache zu finden zwischen der Sowjetunion

einerseits und den angelsächsischen Mächten anderseits. Die Sowjetöffentlichkeit hält diese Aufgabe bekanntlich für durchaus lösbar unter der Bedingung, daß die Imperialisten, die in den angelsächsischen Ländern als Brandstifter eines neuen Krieges auftreten, in die Schranken gewiesen werden.

Aber nicht nur dies. Durch den zweiten Weltkrieg hat sich die Anzahl der Länder, die in der Welt eine entscheidende Rolle spielen, verringert. Gegenwärtig können sich bei weitem nicht alle Völker, die ihre Freiheit und Selbständigkeit hochschätzen, im Falle einer gegen sie gerichteten Aggression auf ihre eigenen Kräfte verlassen. Hieraus folgt die größer gewordene Verantwortlichkeit der Großmächte für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit. Hieraus folgt auch die größer gewordene Bedeutung internationaler Abkommen. Können sich denn die kleinen Völker und ebenso auch die mittleren Staaten in der Welt sicher fühlen, wenn einige Großmächte sich durch internationale Verpflichtungen, die sie freiwillig übernommen haben, nicht für gebunden halten?

Deshalb treiben diejenigen, die ihre Abkehr von den während des zweiten Weltkriegs gefaßten Beschlüssen der Verbündeten durch alle möglichen Versuche, diese Beschlüsse auf ihre eigene Art zu interpretieren, zu maskieren trachten, eine kurzsichtige Politik. Sie bringen zeitweiligen und vorübergehenden Interessen die dauernden Interessen ihrer eigenen Länder zum Opfer. Ohne Zweifel wird die Geschichte sie nicht zu den Männern zählen, die fähig gewesen sind, weit voraus zu schauen.

Reparationen aus der laufenden Produktion Deutschlands

A. BAGRATUNI

DER USA-Staatssekretär Marshall hat in einer der letzten Sitzungen des Außenministerrats in der Frage der deutschen Reparationen einen neuen Vorschlag eingebracht. Unter bestimmten Bedingungen könnten, so erklärte er, Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion stattfinden. Vorher hatte die Delegation der USA (ebenso wie die Großbritanniens) gegen solche Reparationen Einwendungen erhoben, obgleich die entsprechenden Beschlüsse der Krimkonferenz und der Berliner Konferenz derartige Reparationen vorsahen.

In der Krim vereinbarten die Häupter der drei Regierungen — der USA, Englands und der Sowjetunion — bestimmte Prinzipien für die deutschen Reparationen, von denen die vertragschließenden Parteien sich leiten lassen sollten.

Das vor kurzem veröffentlichte Protokoll dieser Krimverhandlungen über die Frage der deutschen Reparationen zeigt, daß die Vertreter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion einstimmig beschlossen haben, Lieferungen aus der laufenden Produktion neben einmaligen Einziehungen aus dem Nationalvermögen Deutschlands (Betriebsausstattungen, Auslandsguthaben usw.) auf Reparationskonto zuzulassen. Die Rechtmäßigkeit und Realisierbarkeit von Reparationen aus der laufenden Produktion der deutschen Industrie neben den anderen Formen der Reparationen riefen auf der Krimkonferenz bei niemand Zweifel hervor.

Nebenbei gesagt hat der britische Exaußenminister Eden, der an der Krimkonferenz beteiligt war, Anfang d. M. im Unterhaus folgendes erklärt:

„... da ist die Reparationsfrage, von der das veröffentlichte Protokoll der Jaltaberatungen handelt. Wie in dem Dokument selbst auseinandersetzt wird, haben die Häupter der Regierungen sich darin über bestimmte leitende Prinzipien verständigt, die als Teil des detaillierten Planes einer Alliierten Reparationskommission ausgearbeitet werden sollten, die im Anschluß daran in Moskau zu schaffen war.“

Eden betonte hierbei, die Zustimmung der Vertreter Großbritanniens auf der Krimkonferenz in der Frage der Reparationen, also auch die Zustimmung zu Reparationen aus der laufenden Produktion habe einen Kollektivbeschuß der ganzen

britischen Regierung gebildet, zu der damals auch der heutige britische Außenminister Bevin, Premierminister Attlee und andere Mitglieder der heutigen britischen Regierung gehörten.

Der Reparationsbeschuß der Krimkonferenz ist von niemand aufgehoben worden. Unter diesem Beschuß stehen die Unterschriften des Vorsitzenden der Sowjetregierung, des Präsidenten der USA und des britischen Premierministers. Es ist klar, daß gemeinsam unterzeichnete Abkommen für alle Beteiligten verbindlich sind.

Entsprechend den Beschlüssen der Krimkonferenz über die Reparationen und zwecks Verwirklichung dieser einstimmig gefaßten Beschlüsse traf die Berliner Konferenz eine Anzahl praktischer Maßnahmen. Es wurde in Potsdam ausgemacht, daß die Befriedigung der Reparationsansprüche der Sowjetunion, der USA, Englands und der anderen Länder auf Basis der Zonen sowie aus den verfügbaren deutschen Auslandsguthaben erfolgen werde. In den Beschlüssen wurde nichts darüber gesagt, daß die Befriedigung der Reparationsansprüche auf zonaler Grundlage Reparationen aus der laufenden Produktion ausschließe oder aber nur in Form von Betriebseinziehungen erfolgen würde. Eine derartige Interpretation der Berliner Beschlüsse ist durchaus willkürlich und widerspricht sowohl dem Geist als auch dem Buchstaben dieser Beschlüsse, die nicht angenommen wurden, um das Abkommen von Jalta aufzuheben, sondern ausschließlich zu dem Zweck, dieses Abkommen zu erfüllen.

Das sind unbestreitbare Tatsachen. Tatsachen aber sind nun einmal ein hartnäckig Ding.

Die Berliner Konferenz hat beschlossen, daß in Ergänzung der Reparationen, die die Sowjetunion aus ihrer Besatzungszone erhält, unser Land Betriebsausstattungen aus den Westzonen auf Reparationskonto erhalten soll.

W. M. Molotow hat in einer Anzahl von Reden vor dem Außenministerrat mit voller Überzeugungskraft die Rechtmäßigkeit der Reparationsforderungen der UdSSR gezeigt, auch hinsichtlich der Reparationen aus der laufenden Produktion der deutschen Industrie. Die Sowjetunion prätdiert auf keine zusätzlichen Reparationsformen und bringt hinsichtlich der Einziehung der Repa-

rationen keine neuen Prinzipien in Vorschlag, die über die in Jalta und Potsdam von den Häpptern der Regierungen der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA vereinbarten hinausgingen.

Die französische Delegation hat verschiedene Male im Ministerrat erklärt, daß sie gegen Reparationen aus der laufenden Produktion prinzipiell nichts einzuwenden habe. Der französische Außenminister Bidault machte den Vorschlag, ein Programm zu studieren, wonach Reparationen aus der laufenden Produktion sowie durch verschiedene Dienstleistungen und durch die Bereitstellung von Arbeitskräften geleistet werden würden. Er bemerkte hierbei, der Ministerrat müsse die Folgen eines solchen Reparationsprogramms für den Kohlenexport und das kriegsindustrielle Potential Deutschlands berücksichtigen.

Der französische Außenminister ist formal nicht an die Beschlüsse der Konferenzen in Jalta und Potsdam gebunden, da Frankreich an diesen Konferenzen nicht beteiligt war. Deshalb ist sein Wunsch begreiflich, die praktische Seite der Frage der Reparationen aus der laufenden Produktion zu studieren. Objektiv jedoch führt ein solcher Vorschlag zu einer Verzögerung der faktischen Lösung der Reparationsfrage, also auch der Lösung des deutschen Problems im ganzen.

Der neue Reparationsvorschlag Marshalls zeigt, daß die USA-Delegation unter bestimmten Bedingungen keine Einwände mehr gegen Reparationen aus der laufenden Produktion erheben würde. Welches sind diese Bedingungen?

Marshall schlägt vor, sich gleichzeitig über das Niveau der deutschen Industrie und über die Reparationen aus der laufenden Produktion zu verstündigen. Ein solches Herangehen an die Lösung der Frage der Reparationen aus der laufenden Produktion verdient im Prinzip Beachtung. Die laufende Erzeugung von Waren, die für Reparationslieferungen bestimmt sind, muß selbstverständlich durch eine bestimmte Produktionskapazität gesichert werden.

Die Sowjetdelegation schlägt vor, das früher festgesetzte Produktionsniveau der deutschen Industrie zu erhöhen. Die USA-Delegation aber hat diese wichtige Frage lange Zeit mit Schweigen umgangen, was sich möglicherweise daraus erklärt, daß einflußreiche Monopolkreise in den USA an einer Erhöhung des deutschen Industrieniveaus nicht interessiert sind. Sie befürchten eine eventuelle Konkurrenz der deutschen Industrie und wollen mit amerikanischen Waren die Lücke füllen, die sich durch den Wegfall des deutschen Exports auf dem Weltmarkt gebildet hat.

In seinem neuen Vorschlag geht Marshall, indem er die Fragen des deutschen Industrieniveaus

und der Reparationen aus der laufenden Produktion miteinander verbindet, bereits von der Notwendigkeit aus, das im März 1946 festgesetzte Industrieniveau Deutschlands zu überprüfen.

Der überprüfte Plan für das Industrieniveau Deutschlands muß Marshalls Meinung nach den folgenden Aufgaben bzw. Umständen Rechnung tragen: erstens Aufrechterhaltung eines erträglichen Lebensstandards des deutschen Volkes ohne Hilfe von außen, und zwar mit Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses und der Tatsache, daß Deutschland gewisse Hilfsquellen verloren hat; zweitens Beseitigung bestimmter Disproportionen in dem im März 1946 ausgearbeiteten Plan, wie z. B. der Mangel an Kraftquellen zur Befriedigung der im Plan angesetzten Bedürfnisse der deutschen Industrie usw.; drittens die Nachfrage der europäischen Länder nach deutschen Friedenswaren und die Wiederherstellung des deutschen Handels.

Von Sowjetseite wurde wiederholt erklärt, daß man zu einer koordinierten Beschußfassung über die Erhöhung des Niveaus der deutschen Friedensproduktion gelangen könnte, die das Ziel verfolgt, den Lebensstandard der Bevölkerung Deutschlands aufrechtzuerhalten, seinen Handel mit anderen europäischen Ländern zu entwickeln und gleichzeitig Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion sicherzustellen. Das ist natürlich keine leichte Aufgabe. Bei ihrer Lösung dürfen jedoch die Reparationsverpflichtungen Deutschlands nicht vergessen werden, was in der Argumentation und in den Vorschlägen der Delegationen der USA und Großbritanniens nun einmal der Fall ist.

In der Art, wie die USA-Delegation die Frage der Reparationen aus der laufenden Produktion behandelt, finden sich Elemente, die den Beschlüssen der Krimkonferenz und der Berliner Konferenz widersprechen. Der Vorschlag der USA betrachtet die Reparationen aus der laufenden Produktion nur als eine Kompensation für die Verringerung der Einziehung von Betriebsausstattungen auf Reparationskonto. Marshall erklärte, da eine Erhöhung des deutschen Industrieniveaus, wie sie notwendig ist, um die europäische Wirtschaft unterstützen zu können, es erforderlich macht, daß Deutschland ein Teil der Betriebe belassen wird, die entgegengesetztenfalls auf Reparationskonto eingezogen werden könnten, so sei er damit einverstanden, Sachverständige zu berufen, um die Frage eines Ersatzes für diese Verringerung der Betriebslieferungen durch Lieferungen aus der laufenden Produktion studieren zu lassen.

Eine solche Behandlung der Frage ist unbegründet.

Richtig ist natürlich, daß eine Erhöhung des deutschen Industrieniveaus zwecks Entwicklung des deutschen Außenhandels die Belassung einer Anzahl von Betrieben, die auf Reparationskonto ausgeführt werden könnten, erforderlich machen wird. Folglich könnten die Länder, die ein Recht darauf haben, die Ausrüstungen dieser Betriebe auf Reparationskonto geliefert zu bekommen, auf gesetzlicher Grundlage den entsprechenden Schadenersatz verlangen. Man kann sich jedoch auf diese Seite der Sache allein nicht beschränken.

Die Praxis zeigt ja, daß eine Erhöhung des deutschen Industrieniveaus durchaus vereinbar ist sowohl mit der einmaligen Einziehung von Betriebsausrüstungen, die für die deutsche Friedenswirtschaft nicht notwendig sind, als auch mit alljährlichen Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion. Man darf nicht vergessen, daß Deutschlands Produktionskapazitäten zum großen Teil für Kriegszwecke geschaffen worden sind. Durch die Demilitarisierung Deutschlands werden sehr bedeutende Produktionskapazitäten frei, abgesehen von demjenigen Produktionsapparat, der für die Deckung der friedlichen Bedürfnisse des Landes und seines Außenhandels und ebenso für die Herstellung von Waren auf Reparationskonto notwendig ist. Es genügt, auf die Stahlindustrie als ein Beispiel hinzuweisen.

Vor dem Kriege belief sich die jährliche Stahlerzeugung in Deutschland auf 23—26 Millionen Tonnen. Im März 1946 beschloß der Kontrollrat in Berlin, daß das deutsche Hüttenwesen 7,5 Millionen Tonnen Stahl jährlich erzeugen solle. Der Anteil der britischen Besatzungszone betrug diesem Beschuß gemäß jährlich etwa 5 Millionen Tonnen Stahl. Faktisch aber beträgt die Stahlgewinnung in der britischen Zone nicht mehr als die Hälfte dieser Menge.

Die Sowjetdelegation hat vorgeschlagen, das Produktionsniveau für Stahl auf 10—12 Millionen Tonnen jährlich zu erhöhen. Eine solche Erhöhung würde Deutschland die Möglichkeit geben, neben der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen auch die Zivilbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und den Export zu sichern, der sich durch das Interesse der europäischen Länder an der Produktion der deutschen Stahlgißereien notwendig macht.

Im Vergleich mit der faktischen Sachlage von heute ist die von der Sowjetdelegation vorgeschlagene Erhöhung der Stahlerzeugung recht bedeutend. Eine solche Erhöhung läßt sich jedoch durchaus vereinbaren mit der Demilitarisierung und Dekartellierung der deutschen Industrie, die im Interesse des Friedens und der Sicherheit notwendig sind. Eine Erhöhung des Niveaus der deut-

schen Friedensproduktion kann die Sicherheit Europas nicht bedrohen, zumal wenn eine wirksame Kontrolle der vier Verbündeten über die deutsche Industrie gesichert wird.

Am Beispiel der Stahlgißereien kann man erkennen, wie unbegründet die Behauptung ist, die Reparationen aus der laufenden Produktion würden den Reparationen in Form von eingezogenen Betriebsausrüstungen Abbruch tun oder diese unmöglich machen. Es wäre deshalb falsch, die Reparationen aus der laufenden Produktion den Reparationen in Form von Betriebseinziehungen entgegenstellen zu wollen. Die Sowjetunion und die anderen von der deutschen Invasion verheerten Länder haben auf Grund der in Potsdam und in der Krim gefaßten Beschlüsse das unbestreitbare Recht, Reparationen in diesen beiden Formen zu erhalten.

Eine Anzahl von Zeitungsmännern des Auslands meint, Marshall's neuer Vorschlag sei als eine Kompromißvariante zu betrachten, die ein gewisses Zugeständnis darstelle. Andere sind der Auffassung, der Vorschlag der USA gebe keine Grundlage für ein Kompromiß ab. Alexander Werth vom „Manchester Guardian“ schreibt, der Vorschlag, den die USA „zu studieren bereit“ sind (zu weiterem verpflichtet Marshall sich nicht), sei von einer solchen Anzahl von Bedingungen und Vorbehalten eingerahmt, daß viele Beobachter darüber nachdenken, ob es sich hier nicht um eine ganz unprovokierte Erscheinungsform der amerikanischen „Starrheit“ handelt. Gleichzeitig erklärt der Korrespondent, die britische Delegation habe auf Marshalls Vorschlag offenbar ungünstig reagiert, denn wie ein Mitglied der britischen Delegation sich ausgedrückt habe, „hätten selbst wir etwas Besseres vorschlagen können“.

Dem Korrespondenten des „Manchester Guardian“ zufolge beginnt man in vielen englischen Kreisen zuzugeben, daß die Reparationen für die Sowjetunion von ernstem nationalen Belang sind, und daß eine rein negative Haltung gegenüber diesen Forderungen ein Abkommen in der Frage Deutschlands fast unmöglich machen und die Zukunft der englisch-sowjetischen Beziehungen einem Risiko unterwerfen würde. Die Engländer zeigen deshalb, meint Alexander Werth, eine Tendenz, an diese Frage großzügiger heranzutreten.

Trotz derartiger Erklärungen der englischen Presse kommt die englische Delegation mit ihrer Linie im Außenministerrat den berechtigten Forderungen der Sowjetunion hinsichtlich der deutschen Reparationen noch weniger entgegen. Jetzt räumt die britische Delegation die Möglichkeit eines neuen Reparationsabkommens ein, nachdem die Frage der Herstellung einer günstigen Bilanz

der deutschen Wirtschaft und die Frage der Dekkung aller Besatzungskosten geregelt sein werden. Die öffentliche Meinung der demokratischen Länder aber kann sich nicht damit abfinden, daß die Erstattung der Ausgaben der Besatzungsmächte in Deutschland auf Kosten der berechtigten Lebensinteressen der von der Hitlerokkupation verheerten Länder erfolgen soll. Es kann nicht zugelassen werden, daß die finanziellen Interessen irgendeines Landes im Zusammenhang mit der Besetzung Deutschlands die Reparationen zugunsten der von den deutschen Faschisten heimgesuchten Länder vereiteln oder daß diese „auf ein späteres Stadium“ verschoben werden. Das ist um so unzulässiger, als die Möglichkeit besteht, die Besatzungsausgaben in vernünftiger Weise zu decken und gleichzeitig den Reparationsforderungen, auch hinsichtlich der laufenden Produktion, nachzukommen.

Man darf natürlich nicht die Schwierigkeiten unterschätzen, die es noch zu überwinden gilt, um zu einer koordinierten Beschlüßfassung über die deutschen Reparationen zu gelangen, die mit der Frage der Hebung des Niveaus der deutschen Industrie zusammenhängen. Unzweifelhaft ist jedoch, daß eine solche Lösung möglich ist. Diese Möglichkeiten müssen auf den von der Sowjetdelegation im Außenministerrat angegebenen Wegen gesucht werden. Die Sowjetdelegation hat sogar erklärt, unter der Bedingung einer regelmäßigen Erfüllung des aufgestellten Reparationslieferungsplans brauche man einer Erhöhung der Produktion der deutschen Friedensindustrie keine Hindernisse zu bereiten, sei es für den inneren

Verbrauch Deutschlands oder für die Entwicklung seines Handels mit anderen Ländern.

Die Reparationsforderungen der Sowjetunion sind minimal. Sie decken nicht einmal den zehnten Teil der Verluste, die unser Land auf dem okkupierten Territorium erlitten hat. Die Berechtigung dieser Forderungen ist von den verbündeten Mächten in Jalta und Potsdam anerkannt worden, und die Sowjetunion verlangt ja nur die Erfüllung der dort gefaßten Beschlüsse. Diese Tatsache wird niemand vertuschen können, obwohl zahlreiche und verschiedenartige Versuche unternommen werden, die Stellungnahme der Sowjetunion in der Reparationsfrage zu verdrehen.

Besonders werden häufig Versuche unternommen, der Sowjetunion das Bestreben zuzuschreiben, deutsche Reparationen in Form von auszunutzenden Arbeitskräften zu erhalten. In dieser Hinsicht verlohnzt es, noch einen Auszug aus der obenerwähnten Unterhausrede Edens anzuführen. Eden erklärte:

„Die Sowjetregierung hat niemals verlangt, daß die Frage der Hilfe durch deutsche Arbeit in Jalta überhaupt diskutiert werde. Damals war es ihr um Reparationen in Naturalform zu tun. Figuriert dieser Gegenstand, wie das der Fall ist, im Protokoll, so auf Initiative der Regierung Seiner Majestät...“

Die Sowjetunion hat stets ausschließlich Reparationen in Naturalform aus der laufenden Produktion und aus dem Nationalreichtum Deutschlands (Betriebseinrichtungen, Auslandsguthaben usw.) verlangt. Diesen Standpunkt verficht die Sowjetdelegation im Rate der Minister für auswärtige Angelegenheiten.

Die Tätigkeit der japanischen Gewerkschaften

B. GRIBOW

IN DER POTSDAMER DEKLARATION der verbündeten Mächte vom Sommer 1945 wurden der Bevölkerung Japans die grundlegenden demokratischen Freiheiten versprochen, die sie unter dem militärisch-polizeilichen Regime nicht gekannt hätte. Trotzdem müssen, nachdem nunmehr der japanische Imperialismus zerschlagen und das Land von amerikanischen Truppen besetzt ist, die Werktäglichen sich selbst die elementarsten dieser Freiheiten in schwerem Kampf eringen. Die führenden Positionen in Wirtschaft und Staatsverwaltung sind nach wie vor von

Reaktionären, Agenten der Monopolkonzerne, der Zaibatsu, besetzt. Mit Unterstützung der amerikanischen Besatzungsbehörden streben sie danach, eine wirkliche Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens im Lande zu verhindern. Dennoch bieten die fortschrittlichen Kräfte ernste Anstrengungen auf, um Japan auf einen neuen Weg zu führen. Davon zeugt der in der Geschichte dieses Landes einzig dastehende Aufschwung der Arbeiterbewegung und die hervorragende Rolle, die heute die

Gewerkschaften im gesamten gesellschaftlichen und politischen Leben Japans spielen.

Niemals zuvor war in Japan ein so stürmisches Wachstum der Gewerkschaften zu verzeichnen. Vor dem Krieg hatten die Gewerkschaften nicht mehr als 400 000 Mitglieder, sie erfaßten nur einen kleinen Teil der fortschrittlichsten Arbeiterschaft, und das nicht einmal in allen Industriezweigen, während nach Angaben vom Dezember 1946 im Lande 17 163 Gewerkschaftsorganisationen mit 4,4 Millionen Mitgliedern bestanden haben.

Die Gewerkschaftsbewegung in Japan entstand in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Sie war lange Zeit schwach und unorganisiert, in Hunderte kleiner, nicht zusammenhängender zünftlicher Organisationen zersplittert. Die japanische Gewerkschaftsbewegung besaß immer einen starken rechten, reformistischen Flügel, dessen mit der Sozialdemokratischen Partei verbundene Führer die Zusammenfassung aller Gewerkschaften verhinderten, weil sie den zunehmenden Einfluß einiger fortschrittlicher Gewerkschaften fürchteten. Das Zentrum des Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung war die Japanische Arbeitsföderation (Nippon-Rodo-Sodomei). Ihre Leiter vereiteln die Bestrebungen der linken Gewerkschaften, eine Arbeitereinheitsfront zu bilden.

Vor dem Kriege wurden die Gewerkschaften, insbesondere die linken, grausam verfolgt und 1940 endgültig verboten. Die Leiter der reformistischen Gewerkschaften verrieten die Interessen der Arbeiterklasse und traten offen in den Dienst des Imperialismus und des Militärklüngels.

Ende 1945, nach Kriegsschluß, erwachten die Gewerkschaften zu neuem Leben. Die japanische Regierung sah sich gezwungen, ihnen eine legale Tätigkeit zu gestatten, erließ aber gleichzeitig das sogenannte Gesetz über die Arbeiterverbände, das die Tätigkeit der Gewerkschaften und ihre Rolle im politischen Leben des Landes auf jede Weise einschränken soll.

Dennoch ist es nicht gelungen, die Arbeiterbewegung in den engen Rahmen des rein wirtschaftlichen Kampfes zu zwängen. Die schwere materielle Lage der Arbeiterklasse, die Massenarbeitslosigkeit, die Inflation und die Teuerung zwingen sie, auch einen politischen Kampf gegen die reaktionäre Regierung, für die Demokratisierung des Landes, für fortschrittliche Wirtschaftsreformen und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes zu führen.

Auf der Grundlage dieses Kampfes waren 1946 in der Gewerkschaftsbewegung zwei Richtungen zu beobachten: eine fortschrittlich-demokratische und eine konservativ-reformistische. Die erstere

wird von den Gewerkschaften der Bergarbeiter, der Transportarbeiter, der Metallarbeiter, der Textilarbeiter, der Eisenbahnbeamten, der Post- und Telegraphenarbeiter, der Buchdrucker und anderer vertreten, die nach dem Industrieprinzip organisiert sind.

Im August 1946 gründeten diese Gewerkschaften ihre Zentrale, den Nationalen Kongress japanischer Industrieverbände (Kumiai Kogyokai). Er umfaßt 20 Gewerkschaften mit etwa 1,5 Millionen Mitgliedern. Im Programm des Kongresses der Industrieverbände wird der Abschluß von Kollektivverträgen, die Erhöhung des Lohntarifs und die Aufhebung der Lohnsteuern gefordert. Der Kongress ist gegen die reaktionäre Regierung Yoshida und tritt für die Bildung einer wahrhaft demokratischen Regierung ein. Die Führung dieser Gewerkschaftszentrale erstrebt die Herstellung von Verbindungen zur Weltföderation der Gewerkschaften.

Die andern — die unter dem Einfluß der rechten Sozialdemokraten stehenden — Gewerkschaften sind in der Japanischen Arbeitsföderation vereinigt. Sie sind nach dem Territorialprinzip aufgebaut und zählen etwa 850 000 Mitglieder. Vorsitzender der Föderation ist Komakichi Matsuoka, der Führer des rechten Flügels der Sozialistischen Partei. Außer diesen beiden größten Zentralen gibt es in Japan noch einige andere Gewerkschaftsverbände.

Matsuoka und die von ihm geführten Gewerkschaftsfunktionäre aus dem konservativ-reformistischen Lager betrachten den Kampf gegen den wachsenden Einfluß des Kongresses der Industrieverbände als ihre Hauptaufgabe in der Gewerkschaftsbewegung. Sie sind Gegner eines Zusammenschlusses der Gewerkschaften, denn sie fürchten nicht ohne Grund, daß viele untere Organisationen ihrem Einfluß entgleiten könnten.

Trotz der Schwierigkeiten und Hindernisse wächst und erstarkt die Gewerkschaftsbewegung in Japan weiter. Gleichzeitig schalten sich die Gewerkschaften immer tatkräftiger in den politischen Kampf ein. Das Leben lehrt die Arbeitermassen und vor allem ihren fortgeschrittenen Teil, daß die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse unmöglich ohne politischen Kampf durchgesetzt werden können. Der Angriff der reaktionären Regierung Yoshida und der amerikanischen Besatzungsbehörden auf die Rechte und Interessen der werktätigen Bevölkerung trug zur Aktivierung der Gewerkschaften bei und verstärkte unter den Arbeitern zweifellos das Streben nach Zusammenschluß.

Im September 1946 brachten die Reaktionäre im Parlament ein antidebakratisches Gesetz über die Regelung der Arbeitsbeziehungen durch, das den

Arbeitern und Angestellten von Staatsbetrieben und öffentlichen Institutionen den Streik verbietet und das Streikrecht der Arbeiter in allen übrigen Betrieben stark einschränkt.

Die bereits im Sommer 1946 einsetzende Streikwelle stieg aber immer höher an und erreichte im Herbst in Japan noch nicht dagewesene Ausmaße. Im Oktober 1946 wurden nach offiziellen Angaben 135 Konflikte festgestellt, an denen mehr als 220 000 Arbeiter teilnahmen. Im November wuchsen sich von 108 Konflikten 39 zu Streiks aus, die alle Betriebe der verschiedenen Industriezweige erfaßten. Der größte von ihnen war der Proteststreik gegen die von der Regierung beabsichtigte Entlassung von 129 000 Eisenbahnern. An diesem Streik nahmen 800 000 Arbeiter teil. Der Streik dauerte 50 Tage und endete mit dem Sieg der Streikenden. Genau so erfolgreich war der Seeleutestreik. Es streikten ferner Bergarbeiter, Elektrotechniker, Buchdrucker, Rundfunkarbeiter und andere. Die Arbeiter forderten Einstellung der Massenentlassungen, Abschluß von Kollektivverträgen, Lohnerhöhung und Achtstundentag. In vielen Fällen stellten die Streikenden auch politische Forderungen auf: Demokratisierung des Landes und Rücktritt der Regierung Yoshida.

Die Führung der Japanischen Arbeitsförderung unterstützte die Streikbewegung der Arbeiter keineswegs. Matsuoka erklärte:

„Die Japanische Arbeitsförderung wird ihre grundlegende Politik betreiben: sie wird mit friedlichen Methoden auf den Abschluß von Kollektivverträgen hinarbeiten. Streiks sind nach Möglichkeit zu vermeiden.“

Diese Politik findet bei den japanischen und den amerikanischen Behörden höchste Billigung. Aber die Arbeiter sind mit ihr keineswegs zufrieden. Sie sehen im Kongreß der Industrieverbände den wahren Verfechter ihrer Interessen.

Anfang 1947 wurden der Zusammenschluß der Gewerkschaften und die Schaffung einer einheitlichen Führung äußerst aktuelle Fragen.

In seiner Neujahrsbotschaft erklärte Ministerpräsident Yoshida, die Arbeitskonflikte im vorigen Herbst hätten zum Niedergang der Produktion, zum Anwachsen der Inflation und zur Senkung der Lebenshaltung des Volkes geführt. Mit anderen Worten, er versuchte die Verantwortung für die schwere Wirtschaftslage im Lande auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Yoshida erklärte, die Arbeitskonflikte seien durch die Umtriebe illegaler Elemente hervorgerufen, die die nationale Einheit untergrüben und die schwere Wirtschaftslage für ihre politischen Zwecke ausnutzen.

Diese provokatorische Erklärung rief die Mißbilligung und den Protest der Arbeiter und ihrer Organisationen hervor. Am 9. Januar beschloß der Vereinigte Streikausschuß der Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten in Staatsbetrieben und öffentlichen Institutionen, am 1. Februar einen Streik auszurufen. An ihm sollten sich 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligen, darunter 500 000 Eisenbahner und 300 000 Post- und Telegraphenarbeiter. Die Leitung des Kongresses der Industrieverbände beschloß ihrerseits, die Mitglieder aller dem Kongreß angehörenden Gewerkschaften zu einem Solidaritätsstreik aufzufordern.

Der Vereinigte Gewerkschaftsausschuß der Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe und öffentlichen Institutionen erwog die Frage, ob der Streik einen rein wirtschaftlichen Charakter tragen solle, und erklärte, die Arbeiter könnten sich mit rein wirtschaftlichen Forderungen nicht zufrieden geben, sie müßten für die Bildung einer demokratischen Regierung kämpfen. Daher würde der Streik einen politischen Charakter tragen.

Die japanische Reaktion mobilisierte alle Kräfte, um den Streik zu verhindern. Das ging so weit, daß am 20. Januar auf Kikunami, den Vorsitzenden des Kongresses der Industrieverbände, ein Attentat verübt wurde. Die Banditen, die Kikunami überfielen, verlangten von ihm, er solle den für den 1. Februar angesetzten Streik abblasen lassen, und als er sich weigerte, stachen sie mit Messern auf ihn ein.

Über 3 Millionen Arbeiter waren streikbereit. Die Zeitung „Mainichi“ teilte am 29. Januar im Leitartikel mit, daß unmittelbar vor dem für den 1. Februar festgesetzten Streik im ganzen Lande Kundgebungen und Demonstrationen mit der Losung „Nieder mit der Regierung Yoshida und Schluß mit der Wirtschaftskrise“ stattfänden.

General MacArthur, der Chef der amerikanischen Verwaltung, mischte sich aber in die Angelegenheit ein und verbot den Streik. Am 31. Januar erließ er einen Befehl, in dem er die Organisatoren des Streiks als eine „Minderheit“ bezeichnete, der nicht gestraft werden dürfe, „bei der gegenwärtigen Verarmung und Erschöpfung Japans eine so tödliche soziale Waffe zu gebrauchen.“

Die Führer der Linksparteien wandten sich an den Alliiertenrat mit der Bitte, die infolge des Verbots des Generalstreiks durch General MacArthur entstandene Situation zu untersuchen. Der Vereinigte Streikausschuß der Arbeiter in der Präfektur Kanagawa sandte eine Eingabe an MacArthur, an Mitglieder des Alliiertenrats sowie an die Fernostkommission. In der Eingabe wird

darauf hingewiesen, daß MacArthur sich irre, wenn er erklärt, „die mit der Streikbewegung verbundenen Personen“ seien eine „Minderheit“, da die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe und öffentlichen Institutionen von vielen anderen Gewerkschaften unterstützt würden. Das japanische Volk werde „die Hoffnung auf die Demokratisierung verlieren“, falls der Generalstreik nicht erlaubt werde.

Die Reaktionäre nutzten die durch das Verbot des Generalstreiks entstandene Lage aus, um einen erneuten Druck auf die Arbeiterbewegung auszuüben. Das Innenministerium gab bekannt, künftig würden die von einzelnen Gewerkschaften ange setzten Streiks als Versuche zur Durchführung des Generalstreiks angesehen werden, folglich erstrecke sich das Verbot MacArthurs auch auf sie.

Die Verletzung der Gewerkschaftsrechte veranlaßt die Arbeiter, sich enger um ihre Organisationen zu scharen. Die Idee eines Zusammenschlusses der Gewerkschaftsbewegung gewinnt schnell an Boden. Am 3. Februar tagte in Tokio die erste Sitzung des Organisationsausschusses des Japanischen Gewerkschaftskongresses (Zen koku Rodo Kumiai Kaigi). Etwa 100 Delegierte von den 33 wichtigsten Gewerkschaften und Föderationen waren anwesend. Der Ausschuß veröffentlichte einen Aufruf, in dem es heißt, der Zusammenschluß der Gewerkschaftsbewegung in Japan sei eine lösungsreife Aufgabe.

Das Zentralkomitee der Japanischen Arbeitsföderation beschloß, sich dem Japanischen Gewerkschaftskongress nicht anzuschließen, und schlug sogar vor, den Organisationsausschuß aufzulösen. Dieser Versuch, die Gewerkschaftseinheit zu hinterreiben, ist fehlgeschlagen.

Am 10. März wurde die Gründung des Nationalrats der Gewerkschaften Japans (Zen koku Rodo Kumiai Renraku Kyogikai) offiziell bekanntgegeben. Ihm haben sich 38 große Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände angeschlossen, darunter der Kongress der Industrieverbände, der Japanische Gewerkschaftskongress (210 000 Mitglieder), die Allgemeine Gewerkschaftsföderation der Arbeiter und Angestellten der Staatsbahnen (550 000 Mitglieder), der Japanische Vereinigte Gewerkschaftsrat der Lehrer (320 000 Mitglieder), der Vereinigte Gewerkschaftsrat der Kommunalarbeiter (230 000 Mitglieder) und viele andere.

Unter dem Druck der Arbeitermassen war auch die Führung der Japanischen Arbeitsföderation gezwungen, sich der neuen Vereinigung anzuschließen.

Die Bildung des Nationalrats der Gewerkschaften ist ein bedeutsames Ereignis in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung Japans. Sie kam kurz vor der Ankunft der Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften zustande, so daß nun die japanischen Gewerkschaften die Möglichkeit haben werden, mit der Weltgewerkschaftsbewegung in Kontakt zu treten.

Internationale Umschau

(Notizen)

ZUR HERSTELLUNG DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER SOWJET-UNION UND INDIEN

Am 14. April wurde in Moskau und in Delhi gleichzeitig eine offizielle Mitteilung darüber veröffentlicht, daß die Regierung der Sowjetunion und die Regierung Indiens beschlossen haben, diplomatische Vertretungen im Range von Botschaften miteinander auszutauschen.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der Sowjetunion ist ein Ereignis von großer internationaler Bedeutung. Die Sowjetöffentlichkeit begrüßt dies Ereignis einerseits als einen Beweis für die Konsolidierung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den

Völkern der Sowjetunion und Indiens und anderseits als einen Beweis für die Entwicklung Indiens in Richtung auf eine selbständige Politik.

Viele Jahre kämpft das indische Volk für seine Unabhängigkeit. Die fortschrittliche Menschheit verfolgt diesen Kampf mit vollem Verständnis und lebhaftem Mitgefühl. Der große Befreiungskrieg der Völker gegen den Faschismus hat die Entwicklung der Befreiungsbewegung in Indien gefördert. Jeder neue Schritt des indischen Volkes auf dem Wege zur Selbständigkeit bedeutet einen Fortschritt der menschlichen Gesellschaft im ganzen.

Natürlich ist das gigantische Werk der Befreiung Indiens noch bei weitem nicht vollendet. Dieses große Land ist immer noch an Händen und

Füßen von kolonialen Fesseln umstrickt. Die Entwicklung seiner Wirtschaft wird künstlich aufgehalten. Sein politisches und soziales Leben wird von absichtlich vertieften Gegensätzen zerrissen. Die Herstellung des inneren Friedens und der inneren Ordnung in Indien, sein Übergang zu einer selbständigen Außen- und Innenpolitik wird von jenen äußeren Kräften behindert, die in diesem Lande das Kolonialregime verewigen und Feudalzustände aufrechterhalten möchten, die sich schon längst überlebt haben.

Die demokratische Öffentlichkeit Indiens verlangte seit langer Zeit die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion, da sie mit Recht der Auffassung war, daß die Konsolidierung der freundschaftlichen Beziehungen den Völkern beider Länder nur Nutzen bringen kann. Gewisse Kreise der angloindischen Reaktion versuchen den Sympathien und dem Interesse des indischen Volkes für unser Land eine sowjetfeindliche Kampagne entgegenzustellen, die in letzter Zeit besonders nachdrücklich angekurbelt wird. Mit Mitteln grober Verleumdungen gegen die Sowjetunion und raffiniert lancierter Falschmeldungen über ihre Politik wollen sie die Konsolidierung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen zwei Ländern behindern, die ihrer Fläche und Bevölkerung nach zu den größten Ländern der Welt gehören.

Die Quertreibereien der Feinde des Friedens und der Völkerfreundschaft haben die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der Sowjetunion nicht verhindern können. Die Sowjetöffentlichkeit hofft, daß sie auch in Zukunft nicht imstande sein werden, die normale Entwicklung der sowjetisch-indischen Beziehungen zu hemmen.

DIE SCHWACHEN SEITEN DER SOGENANNTEN TRUMANDOKTRIN

Niemand wird den amerikanischen Journalisten Walter Lippmann für einen Gegner des expansivistischen Kurses der amerikanischen Außenpolitik erklären. Im Gegenteil. Immer und überall tritt er mit lobenswerter Offenheit in die Schranken, um für die Dollardiplomatie eine Lanze zu brechen, die davon träumt, die ganze Welt der Herrschaft der USA zu unterwerfen.

Schon seit vielen Monaten verlangt Lippmann, daß die USA im östlichen Mittelmeer festen Fuß fassen. Er greift nicht einmal zu der verlogenen Phraseologie, von der die Verteidiger der amerikanischen Expansionspläne Gebrauch zu machen pflegen. Jedes Feigenblatt verschmähend, hat er oft erklärt, das östliche Mittelmeer sei wegen der

Nähe der Sowjetunion von einem besonderen strategischen Interesse für die amerikanischen Streitkräfte.

Lippmann besitzt jedoch keine geringen politischen Erfahrungen, weshalb er offenbar auch nicht die Augen verschließen kann vor den schwachen Seiten der jetzigen Grundlage der Außenpolitik der USA, der die Presse die Bezeichnung Trumandoktrin beigelegt hat. Diese schwachen Seiten springen mit jedem Tag deutlicher in die Augen. Nicht umsonst hat J. Reston, der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“, ein dem Senator Vandenberg, der faktisch der Inspirator der Trumandoktrin ist, nahestehender Mann, vor einigen Tagen geschrieben, obgleich der Kongreß offenbar den eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die Hilfe für Griechenland und die Türkei billigen werde, so sei es doch

„in der jüngsten Geschichte niemals vorgekommen, daß ein Programm, das so viele aufrichtige Zweifel hervorrief, solche Unterstützung gefunden hätte.“

Beweise für diese im ganzen Lande weit verbreiteten Zweifel findet man in den Reden vieler demokratischer und republikanischer Kongreßmitglieder, die durchaus nicht zum fortschrittlichen Lager gehören. Sie werden augenscheinlich nur zähneknirschend für Trumans Antrag stimmen.

Die Zweifel dieses Teils der regierenden Kreise finden Ausdruck in einem Artikel Lippmanns in der „New York Herald Tribune“ vom 8. April. Er klagt über den irrealen Charakter der auf bedingungslose Unterstützung der reaktionärsten Kräfte in der ganzen Welt gerichteten Trumandoktrin. Lippmann schreibt:

„Diese Sorte Politik ist zum Scheitern verurteilt, da sie uns mit den reaktionären Kräften der Welt verbündet und uns den gemäßigten demokratischen Kräften entfremdet.“

Lippmann erinnert die Urheber der Trumandoktrin daran, daß es außer Kommunisten und Demokraten vom Jeffersontypus anderseits auf der Welt auch noch Faschisten gibt. Außerdem gebe es

„Republikaner, aufgeklärte Konservative, Liberale, Fortschrittl., Sozialdemokraten, Sozialisten, christliche Demokraten, Genossenschaftler, Labourparteiler...“

Voll Sorge um das Schicksal der amerikanischen Expansionspläne spricht Lippmann die folgende Warnung aus:

„Führen wir Trumans Politik nach dem Grundsatz durch, wer nur immer am heftigsten gegen die Sowjetunion opponiert, sei unser Freund und Verbündeter, so trennen wir uns fast überall von den Massen des Volkes...“

Lippmann gelangt zu einem melancholischen Schluß, dem man den Wirklichkeitssinn nicht absprechen kann:

„Obgleich wir reich sind und obgleich wir stark zu sein imstande wären, sind wir doch nicht reich genug, um die Reaktion in der ganzen Welt zu subventionieren, oder stark genug, um sie an der Macht zu halten.“

Während der Kongreßdebatten über Trumans Gesetzentwurf wurde das Argument vorgebracht, der Gesetzentwurf müsse angenommen werden, um die Stärke der USA zu zeigen, denn sein Scheitern würde der ganzen Welt die Schwäche ihrer Politik offenbaren. Je mehr jedoch im Kongreß von der Demonstration der amerikanischen Stärke gesprochen wird, um so deutlicher tritt die innere Schwäche der Trumandoktrin hervor. Widerspricht sie doch den grundlegenden Interessen und Hoffnungen der Völker aller Länder, und diese Schwäche kann bei Durchführung der Trumandoktrin unmöglich beseitigt werden. Auf diesem Wege läßt sich nur erreichen, daß sie noch weiter um sich greift.

EINE NEUE „REBELLION“ IM ENGLISCHEN UNTERHAUS

Die englischen Zeitungen berichten von einer neuen „Rebellion“ in der Parlamentsfraktion der Labouristen gegen die Politik der Regierung, die vom 31. März bis zum 2. April bei der Debatte über den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die generelle Einführung der allgemeinen Militärpflicht zum Ausbruch kam.

Annähernd ein Drittel der Labourabgeordneten hat sich gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen. Unter den 85 Parlamentsmitgliedern, die mit Nein stimmten, gab es 73 Labouristen, und 20 weitere Labouristen haben sich der Stimme enthalten. Die Zeitungen stellten fest, daß zum erstenmal so viele Mitglieder der Regierungspartei gegen die Regierung gestimmt haben. Unter den „Rebellen“ befinden sich namhafte Labouristen, u. a. Seymour Cocks, Zilliacus, George Thomas, Sidney Silverman, Julius Silverman, Platts-Mills, Major Vernon, David Grenfell, Mrs. Manning.

Von den Gegnern des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfs protestierten die einen gegen die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht, da sie der Auffassung sind, daß die Armee schon ohnedies übermäßig groß ist, während die Industrie Englands unter Mangel an Arbeitskräften leidet. Andere sind der Meinung, für den Gesetzentwurf stimmen, das hieße, den gegenwärtigen außenpolitischen Kurs Bevins unterstützen. In vielen Reden wurde betont, die Regierung

brauche große Streitkräfte in Friedenszeiten, um die Außenpolitik der USA zu unterstützen.

Der Labourabgeordnete Millington führte in der Debatte aus, der Gesetzentwurf wolle einen eisernen Handschuh schaffen für Bevins Faust, mit der er den Führern der Sowjetunion so gern droht. Gerade deshalb, erklärte Millington, finde der Gesetzentwurf die Unterstützung der Konservativen.

In der Tat ließ die konservative Opposition der Regierung entschlossene Unterstützung zuteil werden. Nicht weniger als 120 Konservative stimmten für den Gesetzentwurf, und Churchill sang ein leidenschaftliches Loblied auf die Regierung.

Angesichts des Umstandes, daß der Gesetzentwurf hauptsächlich dank der Unterstützung der Konservativen durchgegangen ist, brachte die Regierung selber ein Amendment zu ihrem eigenen Gesetzentwurf ein, das eine Verkürzung der Dienstfrist in Friedenszeiten von 18 auf 12 Monate postulierte. „Daily Telegraph and Morning Post“ und einige andere Zeitungen erklären, dieser Schritt habe das Ziel gehabt, die „Rebellen“ zu beschwichtigen.

In einem Kommentar zu der entstandenen Situation gibt der „Manchester Guardian“ der Meinung Ausdruck, das Zugeständnis der Regierung werde die Labouristen, die eine entschiedene außenpolitische Kurs der Labourregierung imzuriedenstellen.

Auf der anderen Seite hat das Zugeständnis der Regierung an die öffentliche Meinung im Lager der Konservativen Unzufriedenheit hervorgerufen. Churchill hat eine neue Erklärung abgegeben, in der er damit drohte, den Standpunkt der Konservativen Partei in den folgenden Lesungen zu revidieren.

Die Tatsache, daß der Gesetzentwurf von der konservativen Opposition unterstützt wird, ist von vielen Beobachtern als eine Erscheinung beurteilt worden, die den „inneren Frieden“ in der Parlamentsfraktion der Labouristen mit ernsten Folgen bedroht.

ENGLISCHE ARBEITER ÜBER DIE LABOURISTISCHE AUSSENPOLITIK

In der ersten Aprilhälfte hielten die englischen Gewerkschaftsverbände ihre üblichen Osterkonferenzen ab. Auf allen Konferenzen wurde den Fragen der Außenpolitik viel Beachtung geschenkt. Die Diskussionen zeigten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit dem außenpolitischen Kurs der Labourregierung immer unzufriedener werden.

In den von den Gewerkschaftskonferenzen be-

handelten Resolutionen über Fragen der Außenpolitik und in den Diskussionen wurde mit großer Beunruhigung festgestellt, daß Englands Außenpolitik immer weiter dahin führt, die Interessen des Landes der Politik der amerikanischen Monopole unterzuordnen.

So übten die Delegierten der Konferenz der Gewerkschaft der Konstruktionszeichner des Maschinenbaus und des Schiffbaus (Association of Engineering and Shipbuilding Draughtsmen) scharfe Kritik an der Regierung, weil sie sich in ihrer Außenpolitik auf die USA orientiert, die Sowjetunion ignoriert und eine so große Armee unterhält. Die angenommene Resolution schlägt den Gewerkschaftsdelegierten auf der Konferenz der Labourpartei und auf dem bevorstehenden Kongreß der Trade Unions vor, „von der Regierung eine Außenpolitik zu verlangen, die mit sozialistischen Prinzipien in Einklang steht“. Eine andere Resolution verlangt die sofortige Abberufung der englischen Truppen aus Griechenland.

Scharf kritisiert wurde die Außenpolitik der Regierung auch auf der Jahreskonferenz des Verbandes der Büroangestellten und Verwaltungsbeamten (Clerical and Administrative Workers' Union) in Bridlington (Yorkshire). Jack Woddis, Delegierter für Leyton (London E) brachte eine Resolution ein, in der die Regierung aufgefordert wird, die Politik des einseitigen wirtschaftlichen und politischen Bündnisses mit dem amerikanischen Großkapital aufzugeben und enge politische und wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion herzustellen. Woddis erklärte, die Außenpolitik der Regierung bedeute den „ökonomischen Selbstmord Großbritanniens“. Die Konferenzleitung mußte einen entschiedenen Druck ausüben, um die Annahme dieser Resolution zu verhindern, die dann mit einer Mehrheit von nur 3000 Stimmen abgelehnt wurde.

Sogar auf der Konferenz der Genossenschaftspartei, die recht verschiedenartige Schichten der Bevölkerung vereinigt, wurde eine Resolution eingebracht, in der die Labourregierung aufgefordert wird, ihre Außenpolitik zu ändern, der Abhängigkeit Englands von den USA ein Ende zu machen und die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion auszubauen. Diese Resolution erhielt über 3 Millionen Stimmen und wurde nur infolge des energischen Drucks des Exekutivkomitees mit geringfügiger Mehrheit abgelehnt. Die Konferenz nahm jedoch gegen den Willen des Exekutivkomitees eine Resolution an, in der die amerikanischen Maßnahmen in Griechenland und der Türkei als eine Gefahr für den Weltfrieden

und als eine „Negation der demokratischen Prinzipien, für deren Aufrechterhaltung im letzten Kriege so große Opfer gebracht worden sind“, scharf kritisiert werden.

Man könnte noch eine Anzahl ebensolcher Resolutionen anführen, die auf den Konferenzen vieler Gewerkschaftsverbände eingebracht wurden. Aber auch die bereits angeführten gestatten die Schlußfolgerung, daß die jetzige Außenpolitik der Labourregierung in den Massen der werktätigen Bevölkerung Englands immer größere Unruhe und Besorgnis hervorruft.

ZU DEN EREIGNISSEN IN INDONESIEN

Schon sehr bald nach der Unterzeichnung des indonesisch-holländischen Abkommens vom 25. März wurde es klar, daß die holländischen Gewalten durchaus nicht gesonnen sind, dieses Abkommen durchzuführen. Die holländische Flotte blockiert nach wie vor die Indonesische Republik. Holländische Kriegsschiffe haben an der Küste Ostsumatras einen indonesischen Handelsdampfer aufgebracht.

Gleichzeitig wurde eine neue Offensive gegen die Republik eingeleitet. Am 26. März landeten in Indonesien frische, aus Holland eingetroffene Truppenverbände. Am 29. März eröffneten holländische Truppen mit Partzerunterstützung eine Offensive gegen die indonesische Armee südlich von Madschokerto.

Die Regierung der Indonesischen Republik hat Protest eingelegt gegen die heuchlerische Politik des holländischen Imperialismus und gegen die Verletzung des soeben unterzeichneten Abkommens.

Das indonesische Volk verteidigt nach wie vor seine Rechte gegen die Anschläge der fremdländischen Eindringlinge. Auf einer Konferenz der Befehlshaber der Volkstruppen auf der Insel Java, die in Madiun abgehalten wurde, ist beschlossen worden, den Kampf für die volle nationale Unabhängigkeit fortzusetzen.

Man hat bei der Unterzeichnung des holländisch-indonesischen Abkommens konstatiert, daß die holländischen Gewalten nicht auf die Absicht verzichtet haben, die Indonesische Republik niederzuwerfen. Die Ereignisse bestätigen das. Durch die Unterzeichnung des Abkommens wollten die Vertreter Hollands offenbar eine Schutzwand schaffen, hinter der sie weitere Versuche unternehmen können, das Kolonialregime in Indonesien wiederherzustellen.

Kanada

(Geographische Notizen)

L. JERMASCHOW

UNTER DEN DOMINIONS des Britischen Reiches hat Kanada die größte Fläche und Einwohnerzahl sowie die reichsten Naturschätze, kommt also vor Australien und der Südafrikanischen Union, ganz zu schweigen von Neuseeland.

Mit seinen 9 569 000 qkm ist Kanada größer als die USA. Es ist jedoch dünn besiedelt und zählt, wie die Volkszählung von 1943 ergeben hat, insgesamt nur 11 812 000 Einwohner.

Den Europäern wurde Kanada schon zur Zeit der großen geographischen Entdeckungen bekannt. Im Sommer 1497 erreichte der Handels- und Seefahrer John Cabot die Küste von Nordamerika, das er irrtümlich für einen Teil des chinesischen Kaiserreichs hielt. Vierzig Jahre später gelangte eine von Jacques Cartier geführte französische Expedition an die Mündung des Sankt-Lorenz-Stroms. Das neu entdeckte Land wurde zum Eigentum der französischen Krone erklärt. Noch heute streiten sich die französischen und die englischen Historiker darüber, ob Kanada wirklich Frankreich einverleibt wurde, oder ob Cartiers Geste nur symbolische Bedeutung zu kam. Wie dem auch sei, das Gold, das unweit von der Stelle gefunden wurde, wo heute die Stadt Quebec liegt, veranlaßte die französische Regierung, ihre Rechte auf Kanada geltend zu machen. Der langwierige Kampf zwischen den englischen und den französischen Kolonisatoren endete 1632 mit dem Abschluß eines Friedensvertrags, dem zufolge der südöstliche Teil Kanadas einschließlich von Quebec den Franzosen zurückgestattet wurde.

Nach etwas mehr als hundert Jahren, zur Zeit des Siebenjährigen Kriegs, unternahmen die britischen Truppen mit Unterstützung der Flotte einen entschlossenen Angriff auf die wichtigsten französischen Positionen in Kanada. Quebec fiel am 13. September 1759. Die französische Herrschaft wurde gestürzt. Kanada wurde britischer Besitz, obwohl der europäische Teil der Bevölkerung fast ausschließlich aus Franzosen bestand.

Nachdem Großbritannien Kanada erobert hatte, gewährte es den dort lebenden Franzosen gewisse Privilegien, was ganz erklärlich ist. Damals entstand nämlich in den südlicheren amerikanischen

Kolonien Englands eine Unabhängigkeitsbewegung, und die Londoner Regierung fürchtete nicht ohne Grund, daß das eroberte Land im Norden sich den Kräften anschließen würde, die für die Abschaffung der britischen Herrschaft in Neuengland kämpften.

Als die amerikanischen Kolonien sich gegen die Tyrannie Georgs III. erhoben, strömten aus diesen Kolonien zahlreiche britische Kolonialbeamte und reiche Kaufleute nach Kanada. Ihnen folgten die revolutionären Truppen George Washingtons auf dem Fuße. Im Jahre 1775 drangen sie in Kanada ein, besetzten Montreal und belagerten Quebec.

Die südlichen Kolonien mußte Großbritannien verloren geben, Kanada aber konnte es halten. Die aus den losgetrennten Staaten geflohenen englischen Kolonisten ließen sich in Neuschottland, in der Provinz Ontario und in Neubraunschweig nieder. Sie nannten sich nun „die vereinigten Loyalisten des Reiches“ (United Empire Loyalists). Aus diesen Kreisen ging die sogenannte kanadische Aristokratie hervor. Die britische Regierung förderte sie in jeder Weise und stützte sich bei der Erschließung des Landes auf sie. Durch eine Anzahl gesetzgeberischer Akte, namentlich durch die Quebecakte von 1774, wurden der Bevölkerung Kanadas gewisse Rechte zuerkannt. Dies half den britischen Behörden während des Amerikanisch-Englischen Kriegs von 1812, Kanada trotz anfänglicher Mißerfolge zu halten.

Der Westen wie auch der Norden Kanadas waren damals noch unerforscht. Die Erforschung dieser weitläufigen Territorien nahm viele Jahrzehnte in Anspruch. Bis dahin standen im Grunde genommen nur die atlantischen Küstenprovinzen Kanadas, Quebec und ein Teil von Ontario, im Licht der Geschichte. Die übrigen Territorien wurden von der bekannten Hudsonbai-Gesellschaft bewirtschaftet. Dieses Monopol gab der berüchtigten East India Company, die die Völker Indiens plünderte und grausam ausbeutete, nicht viel nach. Die Hudsonbai-Gesellschaft brachte es dahin, daß allmählich ganz Kanada den britischen Besitzungen angegliedert wurde und die indianischen Ureinwohner des Landes fast völlig verschwanden.

Im Jahre 1867 wurde Kanada britisches Dominion.

* * *

Bemerkenswert für Kanada war gegen Ende des 19. Jahrhunderts der großzügige Eisenbahnbau. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts zogen sich Schienenstränge vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean quer durch das ganze Land. Große, für den Ackerbau geeignete Ländereien wurden erschlossen, und auch die Ausbeutung der Naturschätze wurde immer rascher betrieben. Die in der Wirtschaft dieses Riesenlandes investierten britischen Kapitalien waren hohe Profite ab, für viele Londoner Bankhäuser wurde Kanada zum „Lieblingsdominion“. Britisches Kapital bemächtigte sich des ganzen Landes.

„König Weizen“ und „König Gold“ lockten Auswanderer nach Kanada. Als die Bodenschätze erforscht und Nickel, Gold, Kohle und andere Mineralien gefunden wurden, fühlte sich auch das amerikanische Kapital von Kanada angezogen. Einige Jahrzehnte später war das Land bereits faktisch gemeinsames Eigentum der britischen und der amerikanischen Banken. In jüngster Zeit gewinnen die letzteren immer merklicher die Oberhand...

Die gemeinsame Grenze Kanadas und der USA ist mehr als 6000 km lang. Außer Neuschottland und den Northwest-Territorien grenzen alle Provinzen — Neubraunschweig, Quebec, Ontario, Manitoba, Saskatschewan, Alberta, Britisch-Kolumbien und das Yukon-Territorium — unmittelbar an die USA.

Die Bevölkerung der Küstenprovinzen Neuschottland und Neubraunschweig sowie die der Prince-Edward-Insel, die ebenfalls eine selbständige Provinz bildet, ist in der Hauptsache britischer Herkunft. In der Provinz Quebec dagegen besteht die überwiegende Mehrheit der Einwohnerschaft aus Franzosen, deren Vorfahren sich hier schon im 16. Jahrhundert niedergelassen haben. Montreal und Quebec machen auch jetzt noch den Eindruck französischer Städte. Als Kanada 1763 den britischen Besitzungen einverleibt wurde, hatte es etwa 63 000 französische Einwohner. 1943 zählte Kanada über 3 Millionen Einwohner französischer Herkunft.

Ottawa, die Hauptstadt Kanadas, liegt in der Provinz Ontario. Der südliche Teil dieser Provinz und die hier gelegene Stadt Toronto wirken ausgesprochen amerikanisch. Ontario gehört zu den wichtigsten Industrieprovinzen Kanadas.

Im Westen liegen riesige Prärien, die die Provinzen Manitoba und Saskatschewan sowie einen großen Teil von Alberta umfassen. Hier herrscht König Weizen. Im Westen grenzt Alberta an das

Felsengebirge, das fast die gesamte Fläche der Provinz Britisch-Kolumbien einnimmt. Nördlich hiervon erstreckt sich das an Alaska grenzende Yukon-Territorium. Der ganze übrige Norden Kanadas einschließlich der arktischen Inseln bildet den am wenigsten erforschten Teil der Northwest-Territorien.

Quebeck und Ontario stehen unter den Industriegebieten Kanadas an erster Stelle. Hier ist der größte Teil der Industriezweige konzentriert, die die Gewinnung und Verarbeitung der Naturschätze betreiben. Während des Krieges hat die Provinz Britisch-Kolumbien industriell an Bedeutung gewonnen.

Manitoba, Saskatschewan und Alberta sind ganz ausgesprochene Agrarprovinzen (sie umfassen über 60 Prozent der gesamten Anbaufläche des Landes). Im Jahre 1943 betrug der Weizenertrag Kanadas 8 Millionen Tonnen. Hinzu kommen noch an die 15 Millionen Tonnen anderer Getreidesorten.

* * *

Gegenwärtig spielt Kanada in der Wirtschaft der kapitalistischen Welt eine bedeutende Rolle. Seine Kraftquellen sowie seine Holz- und Bleivorräte stehen in der kapitalistischen Welt an zweiter Stelle, die Nickelvorräte an erster, die Kohle- und Zinkvorkommen an dritter, die Kupferlager an fünfter, die Erdölvorräte an sechster Stelle, ferner die Platinausbeute an erster, die Stromerzeugung sowie die Gold- und Aluminiumgewinnung an dritter Stelle, die Zink- und Bleigewinnung an vierter und der Weizenertrag an zweiter Stelle. Kanada ist eins der größten Holzexportländer.

Was Wunder also, wenn Kanada immer mehr das Augenmerk der Wall Street auf sich lenkt? Faktisch rivalisieren die USA und Großbritannien schon lange in diesem Lande miteinander. Das Monopolkapital der USA hat in diesem britischen Dominion seit geraumer Zeit festen Fuß gefaßt. Im Jahre 1940 betrugen die direkten Investitionen der USA in Kanada 2 103 000 000 Dollar oder 30 Prozent aller direkten amerikanischen Auslandsinvestitionen. Während des Krieges stieg diese Summe auf 4 982 000 000 Dollar. Die USA sind im Außenhandelsumsatz Kanadas an die erste Stelle gerückt und haben Großbritannien an die zweite Stelle verdrängt.

Schon 1931 waren in der Industrie und in der Ausbeutung der Naturschätze Kanadas doppelt soviel amerikanische wie britische Kapitalien angelegt. Amerikanisches Kapital kontrolliert das kanadische Hüttenwesen, den Maschinenbau einschließlich des Kraftwagenbaus und der elektrotechnischen Industrie, die Papier- und Holzindu-

striе, die Erzgewinnung und die Kommunalbetriebe. Die meisten amerikanischen Gesellschaften haben in Kanada Tochtergesellschaften, die ihrerseits wieder eng mit den kanadischen Großbanken und Eisenbahngesellschaften liiert sind.

Das Bankhaus Morgan hat seinen Einfluß auf das wichtigste kanadische Monopol, die International Nickel Company, sowie auf die Kupferbergwerke und -hütten ausgedehnt. Rockefeller kontrolliert mit Hilfe seiner Bank, der Chase National

umfangreichen Artikel über die „Atomländer“, dessen Verfasser unter dieser Ländern Kanada den ersten Platz einräumt. Er schreibt:

„Der Große Bärensee mit seinem Bergwerkeldorado ist bisher, abgesehen von Belgisch-Kongo, die wichtigste Uran- und Radiumquelle der Welt. Von 1931 bis 1938 wurden insgesamt 1794 Tonnen, und 1939, wie mitgeteilt wird, allein 300 Tonnen Erz gewonnen. Der Uranoxydgehalt schwankte zwischen 30 und 62 Prozent. Etwa 20 Expeditionen haben in den letzten drei Jahren Forschungen angestellt. Gegenwärtig werden Operatio-



Bank, einen bedeutenden Teil der kanadischen Erzgewinnung und Erzverarbeitung. Nur in den Eisenbahngesellschaften hat das britische Kapital sich eine unbedeutende Vorherrschaft bewahrt. Fernsprecher, Telegraph und Luftverkehr stehen jedoch fest unter dem Einfluß Morgans und anderer amerikanischer Finanzgruppen.

Während des zweiten Weltkriegs und nach seinem Abschluß nahm, besonders im Zusammenhang mit der Entdeckung großer kanadischer Uranvorkommen, der Drang des amerikanischen Kapitals nach Kanada noch mehr zu.

Die „New York Herald Tribune“ brachte einen

nen von einer Gesellschaft der Krone vorgenommen, deren Aktien sich in Händen des Ministeriums für Munition und Versorgung befinden.“

Während des Krieges führten die USA und Großbritannien gemeinsame Forschungsarbeiten durch und bauten gemeinsam das „Experimentalwerk“ in Chalk River, in dem auf dem Versuchsweg die für Atombomben verwendbaren Stoffe hergestellt wurden. In dem gleichen Werk gibt es, wie die „New York Herald Tribune“ weiter berichtet, den „einzigsten gegenwärtig außerhalb der USA bekannten“ Uranskessel für Kettenreaktionen. Das Werk in Chalk River verwendet gediegenes Uran und schweres Wasser zur

Herstellung kleiner Plutoniummengen. Im vergangenen Winter wurde in dem Werk ein neuer Urankessel mit großem Fassungsvermögen fertiggestellt.

Das 1946 von der kanadischen Regierung angenommene Gesetz über die Atomkontrolle übertrug die Leitung dieser delikaten Angelegenheit einem speziellen Ausschuß unter Leitung von General McNaughton. Diesem Gesetz zufolge kann der Ausschuß Patentrechte auf Uran und Thorium sowie alle beliebigen, für die Erforschung und Herstellung von Atomenergie notwendigen Stoffe ankaufen, pachten, beschlagnahmen oder expropriieren.

Von General McNaughton ist schon lange bekannt, daß er für engste Beziehungen zwischen Kanada und den USA eintritt. Er gehört zu den Kreisen, die das Bestreben der USA nach Monopolisierung der Atomenergie und vor allem der Atombombe unterstützen.

Es hat dem Verfasser des in der „New York Herald Tribune“ erschienenen Artikels nicht beliebt, seine Informationen durch eine weitere, sehr wichtige Einzelheit zu vervollständigen, nämlich, daß die mit Morgan eng verbundene Firma du Pont unter den kanadischen „Uran-Atombetrieben“ eine führende Rolle spielt. Beide Firmen kontrollieren gemeinsam das neue Monopol, das Internationale Radium- und Urankonsortium.

* * *

Mit ihrem Kampf um die führende Stellung im Norden des amerikanischen Kontinents verfolgt die Wall Street in Wirklichkeit das Ziel, die Kontrolle über Kanada zu monopolisieren.

Eine besondere Rolle in diesem Kampf spielt die kanadische Reaktion.

Der zweite Weltkrieg hat den kanadischen Monopolherren schwindelerregende Reichtümer beschert. Ihre Kapitalien und Profite sind um ein Vielfaches gewachsen. Kanada ist zu einem großen Industrieland, es ist aus einem Schuldner zu einem Gläubiger geworden und hat selbst begonnen, Kapital zu exportieren. Während des Krieges haben sich die Beziehungen Kanadas zu den USA viel enger gestaltet als vorher. Für die kanadischen Monopolherren war zugleich auch immer charakteristisch, daß sie die Beziehungen zum britischen Kapital aufrechtzuerhalten wünschten.

In dieser „zwiefachen Basierung“ besteht die Eigenart der Lage des kanadischen Imperialismus und des Charakters der Politik der Liberalen Partei, die Regierungspartei ist und deren Führer Mackenzie King heute an der Spitze der kanadischen Regierung steht. Die Liberale Partei vertreibt bereits seit geraumer Zeit die Interessen derjenigen Industrie- und Finanzkreise Kanadas, die

besonders stark mit dem Auslandskapital (dem amerikanischen und dem englischen) liiert sind. In den Jahren vor dem Kriege, während des Krieges und nach Kriegsende trat die Orientierung dieser Kreise auf das amerikanische Kapital noch merklicher zutage.

Von den 96 Senatsmitgliedern gehören 66 der Liberalen Partei an. Im Unterhaus verfügt sie über 123 Sitze. Ihr größter „Konkurrent“ ist die Progressive Konservative Partei (Progressive Conservative Party), die im Senat 27, im Unterhaus 67 Sitze innehat. Faktisch werden die Liberalen von der Co-operative Commonwealth Federation (der sozialdemokratischen Labourpartei) unterstützt, die 28 Unterhausmandate erhielt. Es gibt noch andere Parteien, so die Partei des Sozialkredits (Social Credit Party), den Kanadischen Volksblock (Block Populaire Canadien) u. a. m. In der Arbeiterbewegung spielt die linksstehende Progressive Arbeiterpartei (Labour Progressive Party), die in den östlichen Industriebezirken Einfluß ausübt, eine große Rolle.

Kanada hat mehrere Gewerkschaftszentralen. Die größte ist der kanadische Arbeitskongress (Canadian Congress of Labour — 350 000 Mitglieder), der der Weltföderation der Gewerkschaften angehört. An zweiter Stelle steht der Kanadische Gewerbe- und Arbeitskongress (Trades and Labour Congress of Canada — 250 000 Mitglieder), der sich der Amerikanischen Arbeitsföderation (AFL) angeschlossen hat und sich im Einklang mit deren Politik von der internationalen Gewerkschaftsbewegung fernhielt. Auf der Tagung vom September 1946 hat sich dieser Kongress jedoch von der AFL losgesagt und seine Absicht kundgetan, Beziehungen zur Weltföderation der Gewerkschaften aufzunehmen. Außerdem gibt es in Kanada eine Konföderation der kanadischen und katholischen Arbeiter (Canadian and Catholic Confederation of Labour) mit etwa 70 000 Mitgliedern sowie einige „unabhängige“ Gewerkschaften.

Offiziell bilden die Konservativen die Parlamentsopposition, sie legen es den Liberalen zur Last, daß die Außenpolitik Kanadas vom Ausland, von Washington, diktiert wird. In der Praxis aber besteht zwischen der Stellungnahme der Konservativen und der der Liberalen kein sonderlicher Unterschied. Die einen wie die andern vertreten die Interessen der eng mit der Wall Street verknüpften kanadischen Monopole. Es sei noch bemerkt, daß die katholische Kirche im reaktionären Lager viel zu sagen hat.

Die Finanzoligarchie, die Weizen- und Goldkönige sowie die Eisenbahnmagnaten wissen es sehr wohl zu schätzen, daß sie die Möglichkeit haben, gleichzeitig sowohl Kapitalien der USA als

auch das Kolonialmonopol des Britischen Reiches auszunutzen. Das Finanzkapital Kanadas neigt daher vor allem dazu, einer Politik besondere Bedeutung beizumessen, die jedes wenn auch nur zeitweilige Zusammentreffen der Interessen Großbritanniens und der USA fördert.

Nach dem Kriege fand die Parole: „Kanada, ein Bindeglied zwischen den USA und der britischen Commonwealth“ in den politischen Kreisen Kanadas weite Verbreitung. Die kanadischen Monopolherren sind unter gewissen Bedingungen an dem Ausbau der sogenannten Zusammenarbeit mit den USA interessiert.

Schon während des Krieges wurde ein ständiger vereinigter Verteidigungsausschuß der USA und Kanadas geschaffen. Seit Kriegsende spielt dieser Ausschuß in Kanada die Rolle einer zweiten Regierung. Neben ihm bestehen noch viele andere kanadisch-amerikanische Komitees und Körperschaften, die von Washington als ein Werkzeug zur Verwirklichung seiner Kanadapläne angesehen werden.

Die kanadische Reaktion hat diese spezifische Ausrichtung der kanadisch-amerikanischen Beziehungen auf jede Weise gefördert, da sie offenbar annahm, ihr werde vom Tisch der amerikanischen Monopole so mancher Brocken zufallen. Die Reaktion spielte und spielt auch heute noch die Rolle des trojanischen Pferdes, mit dessen Hilfe Kräfte in das Land eindringen, die Kanada im Grunde genommen mit dem direkten Verlust jeder Selbständigkeit, mit völliger Unterordnung unter die USA bedrohen.

Durch das Geschrei über die sogenannte Verteidigung des Nordens sucht die kanadische Presse Charakter und Ziele des energischen Vordringens der USA in den Norden des Landes zu tarnen. In den letzten zwei Jahren wurden verschiedene gemeinsame „wissenschaftliche Expeditionen“ beider Länder in die kanadische Arktis unternommen, deren Motiv u. a. die Pläne der USA waren, sich die Herrschaft über die Arktis zu verschaffen. Diese Expeditionen hatten auch propagandistische Bedeutung. Der Reklamerummel, der in diesem Zusammenhang aufgezogen wurde, sollte die Öffentlichkeit auf den Abschluß eines Militärbündnisses zwischen Kanada und den USA vorbereiten.

Diese Bündnisverhandlungen dauerten das ganze vorige Jahr an. Schon Anfang Mai v. J. meldete die kanadische Presse, die Vertreter der USA im ständigen Verteidigungsausschuß hätten von den Vertretern Kanadas ultimativ verlangt, einer faktischen Unterordnung der Streitkräfte, des Nachrichtendienstes und der Rüstungsindustriressourcen Kanadas unter den Generalstab

der USA zuzustimmen. Die der Regierung Kanadas nahestehende Presse beteuerte, die „Ottawaer Kreise“ hätten nicht die Absicht, dieser Forderung nachzukommen, womit man jedoch nur von den wirklichen Absichten ableiken wollte.

Der Druck, den die USA auf Kanada ausübten, rief in London eine gewisse Unruhe hervor. Im Herbst v. J. begab sich Feldmarschall Montgomery, der Chef des britischen Generalstabs, nach Ottawa. Nach seiner Rückkehr erklärte das englische Kriegsministerium offiziell, die Regierungen Englands und Kanadas hätten ein Abkommen über den Austausch von Generalen zwecks „Koordinierung der Verteidigungsausbildung“ abgeschlossen.

Seither sind nur ein paar Monate vergangen. Das Staatsdepartement der USA erklärte (am 12. Februar d. J.), Kanada und die USA hätten ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit geschlossen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Militärbündnis. Die Wall Street hat erreicht, was sie wollte. Die Kontrolle der USA über Kanada ist bedeutend verstärkt worden.

Das Militärbündnis zwischen den USA und Kanada legt die Vereinheitlichung der militärischen Ausbildung in beiden Ländern fest, ferner soll „die einheitliche Konstruktion und Standardisierung der Waffen gefördert“ werden. Vertreter jedes der beiden Länder sollen zu den Armee-, Marine- und Luftfлотtenbehörden des anderen Landes Zutritt haben, sie sollen Territorien und die territorialen Gewässer der „vertragschließenden Parteien“ für ihre Luftflotten und ihre Marine benutzen dürfen. Obwohl Kanada formal die gleichen Rechte erhält wie die USA, werden die Militärinstanzen Washingtons faktisch Kanada kontrollieren; nicht aber umgekehrt.

Kanada war nicht imstande, den Gefahren zu entgehen, die für das Land aus den Intrigen der reaktionären Kreise und dem Druck seines südlichen Nachbarn entstanden. Auf kanadischem Territorium setzen jetzt verschiedene amerikanische Militärkörperschaften „auf gesetzlicher Grundlage“ ihre Tätigkeit fort. Luftfлотten- und Marinestützpunkte der USA werden gebaut bzw. erweitert, so in Port Churchill, in Edmonton, an der Heerstraße von Alaska, auf den arktischen Inseln usw.

Kanada ist zu einem Kettenglied im System der amerikanischen Weltexpansion geworden. Diese Tatsache ist zweifellos auch auf die britische Blockbildungspolitik gegenüber den USA zurückzuführen, die, sei es gewollt oder ungewollt, das Vordringen der USA in die Länder des Britischen Reiches fördert.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Über die Freiheit der Presse und die Freiheit zu lügen

Am 29. März konnte die Budapester Tageszeitung „A Holnap“ nicht erscheinen, da die Arbeiter der Druckerei Légrády sich weigerten, sie zu setzen und zu drucken. Diese Weigerung, ihre Gründe und Begleitumstände sind außerordentlich interessant nicht nur für die ungarische Öffentlichkeit.

„A Holnap“ (Der morgige Tag) ist das Organ der sogenannten Freiheitspartei, die von dem Finanzmann Dezsö Sulyok und seinen Anhängern gegründet wurde. Sie waren früher Mitglieder der Partei kleiner Landwirte, und zwar bildeten sie dort eine ausgesprochen reaktionäre Gruppe, die gegen die demokratische Umgestaltung Ungarns, gegen die Bodenreform, die Verstaatlichung der Großindustrie und besonders gegen die demokratischen Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen auftrat. Die Tätigkeit Sulyoks und seiner Helfershelfer war so unverkennbar antideutsch, daß die Leitung der Partei kleiner Landwirte sich schon vor einem Jahr gezwungen sah, sie auszuschließen, um sich nicht selbst zu diskreditieren.

Zum erstenmal erschien „A Holnap“ am 15. März d. J., als das antirepublikanische Komplott in Ungarn bereits aufgedeckt war. In einem umfangreichen Leitartikel entwickelte der Chefredakteur Sulyok sein Programm, wie er sich den Kampf gegen die junge ungarische Demokratie dachte. Er schrieb:

„Wir, die man vor einem Jahr hinausgesäubert hat..., haben das Schlachtfeld betreten, wir haben das in den Staub gesunkene Banner aufgegriffen und trotz des Hasses der vielleicht auch gegen uns eingenommenen Massen den Kampf aufgenommen...“

Die Bannerträger der streitbaren Reaktion geben also zu, daß das ungarische Volk sie haßt, und machen sich nicht einmal die Mühe, ihre Waffen für den Kampf gegen das Volk sorgfältig auszuwählen. Die erschienenen Nummern der Zeitung „A Holnap“ wimmeln von Verleumdungen über die Gewerkschaften und die demokratischen Parteien Ungarns, von Lügenmärchen über die Verhältnisse in der verstaatlichten Industrie. Sulyok und seine Zeitung haben sich, wie man sieht, redliche Mühe gegeben, die öffentliche Atmosphäre zu vergiften.

Die provokatorische Betätigung der Freiheitspartei rief in der demokratischen Öffentlichkeit

Budapests Entrüstung hervor. „A Holnap“ aber verstärkte inzwischen tagaus, tagein immer mehr seine Attacken gegen die Demokratie und startete eine profaschistische Propaganda. Schließlich weigerten sich die Buchdrucker, „A Holnap“ zu setzen, sie erklärten, nicht für die Herausgabe von Lügenblättern herhalten zu wollen, die einen Dolchstoß gegen die Demokratie führen. Die Setzer fanden bei der Buchdrucker-gewerkschaft und beim Zeitungsasträgerverband Rückhalt. „A Holnap“ stellte sein Erscheinen ein.

Damit hat die Sache aber noch nicht ihr Ende. Sulyok, den die Partei kleiner Landwirte mit einem Abgeordnetenmandat betraut hat, gab in der Nationalversammlung Ungarns eine dringliche Erklärung ab und verlangte von der Regierung, sie solle die Arbeiter zwingen, „A Holnap“ zu setzen, zu drucken und auszutragen. Dieser Gegner der Demokratie appellierte an die demokratischen Prinzipien und machte geltend, die Weigerung, sein faschistisches Blatt zu drucken, verstöße gegen die Pressefreiheit.

Mit seinem Versuch, unter dem Aushängeschild der Pressefreiheit Möglichkeiten für eine faschistische Propaganda zu erlangen, ist der „A Holnap“-Redakteur keineswegs originell. Mit demselben Argument operieren die Sulyoks in vielen anderen Ländern schon seit geraumer Zeit. Eine solche Auslegung bedeutet im Grunde genommen nur eine Vertauschung der Pressefreiheit gegen die Freiheit zu lügen.

Sulyok erinnerte von der Parlamentstribüne herab gerührt an die noch nicht weit zurückliegenden Zeiten der Terrordiktatur Horthys und Szálásys, unter denen die faschistische Presse unbehindert das Bewußtsein der Volksmassen vergiften konnte und kein Arbeiter es gewagt hätte, den Druck einer faschistischen Zeitung zu verweigern. Neidvoll schielte Sulyok nach seinen Kumpanen im Ausland — Hearst und McCormick, Lord Kemsley und Lord Beaverbrook —, die die Möglichkeit haben, Millionen Menschen systematisch Haß gegen alles Fortschrittliche und Mißachtung vor der Demokratie einzuflößen. Wie die Massenfabrikation von Lügen unter der Flagge der Pressefreiheit betrieben wird, schildern die Schriften von George Seldes, A. E. Mander, George Marion u. a., die auch erzählen mit wel-

chen Unterdrückungsmitteln die Zeitungsmonopole vorgehen, wenn Buchdrucker und ihre Gewerkschaften sich weigern, Artikel mit besonders himmelschreienden Lügen zu drucken.

Eben eine solche Pressefreiheit fordert Sulyok für Ungarn. Man hat jedoch aus den letzten Jahrzehnten einiges gelernt. In den Ländern der wahrhaft progressiven Demokratie, in denen die Volksmassen zu gesteigertem politischem Bewußtsein gelangen, ist für die volksfeindliche Tätigkeit der Sulyoks und aller, die sie stützen und mit ihnen nach einer Wiederaufrichtung des reaktionären Regimes lechzen, immer weniger Raum vorhanden.

Die Weigerung der ungarischen Arbeiter, die profaschistische Zeitung „A Holnap“ zu drucken, ist keine zufällige Erscheinung. Die ungarischen Buchdrucker betrachteten es als ihre Pflicht und Schuldigkeit, die Bevölkerung vor der absichtlich vergifteten Propaganda zu hüten, ebenso wie Bäckereiarbeiter sich weigern könnten, Brot aus wissenschaftlich vergiftetem Mehl zu backen. Wo Hearst und Beaverbrook am Ruder sind, haben die Druckereiarbeiter nicht die Möglichkeit, solcherart gesellschaftlichen Nutzen zu bringen. Sie können es aber tun und tun es auch in den demokratischen Ländern. So haben vor zehn Monaten bulgarische Druckereiarbeiter in Sofia sich geweigert, die reaktionäre Zeitung des bulgarischen Sulyok, Nikola Petkoff, „Narodno semedelsko snamje“, zu drucken.

Wie damals in Sofia, so finden heute auch in Budapest die Buchdrucker wärmste und aktivste Unterstützung bei den Volksmassen. Die Arbeiter, die sich weigerten, „A Holnap“ zu drucken, erhielten zahlreiche Begrüßungstelegramme von Grubenbelegschaften, Lederarbeitern, Metallarbeitern, Textilarbeitern, Arbeitern der Lebensmittelindustrie, Landarbeitern, vom Bund ungarischer Partisanen und vielen anderen öffentlichen Organisationen. Die Gewerkschaften und anderen fortschrittlichen Organisationen Ungarns erklären sich mit der Weigerung der Buchdrucker, „A Holnap“ zu drucken, einmütig einverstanden, sie sehen in ihr einen Ausdruck politischen Bewußtseins und fordern, die Regierung möge die Zeitung verbieten und den Widersachern der Demokratie ihre volksfeindliche Wühlpropaganda unmöglich machen.

Bekanntlich haben auch in den Ländern, in denen nach dem Kriege ein wirklich demokratisches Regime errichtet wurde, die Kräfte des Faschismus und der Reaktion nicht die Waffen gestreckt. Die Aktion der Buchdrucker in Sofia und Budapest zeigt jedoch eindrücklich und anschaulich das Wachstum der Kräfte, die fähig sind, die demokratischen Errungenschaften zu verteidigen und die Feinde der Demokratie unschädlich zu machen.

L. ROWINSKI

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Aus der Geschichte der Beziehungen zwischen England und den USA

E. BLINOW

DER prominente amerikanische Fortschrittler und Schriftsteller Louis Adamic hat vor kurzem ein Buch herausgegeben, in dem er einige wichtige Probleme der Außenpolitik der USA behandelt. Er nennt es „Dinner im Weißen Haus“*, da es mit der Schilderung eines Dinners in der Residenz des amerikanischen Präsidenten im Januar 1942 beginnt, zu dem er von Roosevelt eingeladen worden war. Der verstorbene Präsident zeigte Interesse für ein Buch von Adamic,

das im Oktober 1941 erschienen war. Der Verfasser projektiert darin, zu Hilfeleistungen an das Nachkriegseuropa Amerikaner ausländischer Herkunft heranzuziehen, die er in die Länder Europas zu schicken vorschlägt, sobald diese von den deutschen Okkupanten befreit wären.

Bei dem Dinner im Weißen Haus war auch Churchill anwesend, der sich gerade in den USA aufhielt. Louis Adamic war Zeuge des offenen Meinungsaustausches zwischen dem verstorbenen Präsidenten der USA und dem damaligen Premierminister Großbritanniens.

* Dinner at the White House by Louis Adamic, Harper & Brothers, New York 1946.

Adamic schildert Roosevelt, den hervorragenden Führer der USA, sowie auch Churchill in seinem Buch sehr ausführlich. Churchill stellt er als konservativen Diehard dar, als einen kaltblütigen, berechnenden Menschen, der zu allem fähig ist.

Das Erscheinen des Buches wirkte auf Churchill wie ein rotes Tuch. Er erstattete gegen den Verfasser Louis Adamic und den Verlag, die Firma Harper & Brothers, Anzeige wegen Verleumdung. Da aber im Grunde genommen weder der Inhalt der Unterredungen Churchills mit dem Präsidenten Roosevelt noch dessen Charakteristik noch die Schlußfolgerungen oder persönlichen Beobachtungen des Verfassers angefochten werden konnten, nahm Churchill die Fußnote auf Seite 151/52 des Buches zum Anlaß seiner Klage. In dieser Fußnote wird darauf hingewiesen, daß Churchill an den griechischen Angelegenheiten persönlich interessiert gewesen sei, weil nämlich die englische Großbank Hambro, die die griechischen Finanzen kontrolliert, Churchill 1912 vor dem Bankrott gerettet habe. Adamic beruft sich auf Mitteilungen einiger amerikanischer Zeitungen, die besagen, Churchill habe sich, als er dem griechischen Volk die faschistisch-monarchistische Diktatur aufzwang, von seinen Verpflichtungen dieser Bank gegenüber leiten lassen. Weder der Verfasser noch der Verlag konnten dokumentarische Beweise für eine derartige Behauptung beibringen, so daß Churchill den Prozeß gewann. Harper & Brothers wurden wegen „Beeinträchtigung seines guten Rufes“ zu einer Geldstrafe von 5000 Pfund Sterling verurteilt. Der Verfasser mußte den entsprechenden Absatz im Buche streichen. Das ganze Buch aber läßt Churchill eine ganz bestimmte Charakteristik zuteil werden und enthüllt gewisse Seiten der während des Krieges von ihm betriebenen Politik.

Adamic' Buch beginnt, wie gesagt, mit einer Schilderung des Dinners im Weißen Hause. Das Tischgespräch drehte sich um die Beziehungen zwischen England und den USA. Churchill war reizbar und schweigsam, aber nichts entging seiner Aufmerksamkeit, und er verhielt sich unverkennbar abwartend. Der verstorbene Präsident erklärte vorsichtig, aber nachdrücklich, in Amerika sei es schon lange zur Tradition geworden, England nicht zu trauen. Er führte Tatsachen aus der Geschichte an, so die amerikanische Revolution und den Englisch-Amerikanischen Krieg von 1812, ferner erinnerte er an Indien und an den Burenkrieg.

Adamic hatte den Eindruck, Churchill habe auf Roosevelts Bemerkungen über antibritische Stimmungen in den USA absichtlich nicht reagiert.

Er habe gewußt, daß die USA von Männern regiert werden, die die Vorzüge eines momentanen Bündnisses zwischen den USA und Großbritannien erkannten.

In dieser Hinsicht war Churchill völlig beruhigt. Er meinte, nach Pearl Harbour würden die USA mit ihrem riesigen Kriegspotential alles daran setzen, um den Krieg zu gewinnen. Indem sie aber sich selbst retteten, würden sie auch England und sein Imperium retten.

Während die Sowjetarmee dem Ansturm des Feindes heroisch standhielt und die Hitlerdivisionen aufrieb, stellte Churchill seine Berechnungen an. Er hielt es für günstig, daß Hitler die Russen zur Ader ließ, er durfte ihnen nur nicht zu früh das Blut abzapfen. Sollte die Sowjetunion aber nach dem Krieg eine starke Macht bleiben — und Churchill war viel zu gewiegt, um die Realität einer solchen Perspektive zu verkennen —, so wollte er das zur Einschüchterung der USA benutzen, die er mit dem Kommunismus und mit einem Aufstand der Slawen zu schrecken gedachte.

Adamic gewinnt aus der Unterredung im Weißen Haus eine ganz lebhafte Vorstellung davon, welche Ansichten Churchill über die Politik und den Standpunkt Roosevelts haben mußte. In einem erdachten Dialog legt er Churchill folgende Einschätzung des amerikanischen Präsidenten und seines „neuen Kurses“ in den Mund:

„Churchill: Sehen Sie, Herr Präsident, das reimt sich nicht zusammen. Glauben Sie nur nicht, Sie können Ihren neuen Kurs auf Indien oder den Balkan ausdehnen... Sie kennen den einfachen Menschen in jenen Gegenden nicht. Und noch eins — Sie vergessen Rußland und den Kommunismus. Freund der Enterbten! Sie können diese Rolle hier, in diesen schönen Staaten, spielen, Herr Präsident, und ich muß sagen, sie steht Ihnen gut. Sie können sich mit Programmen befassen, die öffentliche Arbeiten im Tennesseeal oder in den Bergarbeiterstädten von West-Virginia, nicht aber auf Sumatra oder in Albanien vorsehen... Passen Sie auf, wir nähern uns der Ara, in der es heißt: ‚entweder — oder‘. In den Kolonien, in Gegenden wie Südosteuropa und auch sonstwo in Europa wie auch in Asien wird es entweder den roten Kommunismus oder das geben, was ihr Amerikaner unseren erbärmlichen Imperialismus nennst (und ich kann hinzufügen, daß nur wir verstehen, ihn, wie schlecht es auch immer sein mag, zu handhaben). Würden wir dulden, daß Sie am Imperium herumstuzten, dann würde das ganze Gebäude zusammenstürzen. Wo würden wir alle hinkommen? Was sollte dann ohne uns Briten aus Ihnen werden, was aus der Zivilisation, aus dem Christentum?“

Erfüllten die Teilnahme der USA am Krieg gegen Hitlerdeutschland und Roosevelts „neuer Kurs“ Adamic mit dem Glauben an eine fortschrittliche Richtung der amerikanischen Außenpolitik, so war er sehr bald gezwungen, einige seiner Werturteile zu revidieren. Er schreibt:

„Gegen Ende 1942 sah ich ... ein, daß die USA eine wahrhaft demokratische Außenpolitik nicht entwickeln wollen noch können.“

Es handelt sich hier um das Bestreben der USA, sich in den von der Hitlerokkupation befreiten Ländern nicht auf die fortschrittlichen demokratischen Kräfte, sondern auf die reaktionären Elemente zu stützen.

Diesen Kurs in der USA-Politik erklärt Adamic mit dem unausgesetzten Druck Churchills und mit dem Einfluß des reaktionären Flügels im Senat. Aus diesen Gründen sei schon die Roosevelt-Regierung von dem „goldenem Mittelweg“, den die USA gemeinsam mit England, mit der Sowjetunion und mit allen anderen Völkern beschreiten könnten, nach rechts abgeschwenkt.

Adamic schätzt die politische Situation in den USA Ende des Krieges ziemlich skeptisch ein. Der Kongreß habe aufgehört, ein Forum zu sein, vor dem man frei die verschiedenen Fragen und Ideen erörtern könne. Suche irgend jemand sich zu äußern, so verschlossen ihm sofort entweder das Kriegsdepartement oder das Staatsdepartement den Mund und beriefen sich darauf, es sei gefährlich, Kriegsgeheimnisse zu lüften. Besonders energisch habe das Dieskomitee jeden Versuch einer freien Äußerung unterdrückt. In der Armee sei keinerlei Aufklärungsarbeit über das Wesen des Faschismus durchgeführt worden, gegen den die amerikanischen Soldaten doch gekämpft hätten. Als das Kriegsdepartement 1945 ein sogenanntes Orientierungsflugblatt herausgeben wollte, rief das bei vielen Senatorn, einflußreichen Industriellen und Klerikern einen solchen Entrüstungssturm hervor, daß man selbst von einer so bescheidenen antifaschistischen Propaganda Abstand nehmen mußte.

Übrigens habe Roosevelt versucht, an den griechischen Angelegenheiten Anteil zu nehmen, um Griechenland die Möglichkeit zu geben, den Weg demokratischer Entwicklung einzuschlagen. Churchill aber habe sich solchen Versuchen hartnäckig widersezt. Er habe gesagt, Griechenland sei ein englischer „Bissen“, die USA müßten die Hände davon lassen.

Louis Adamic ist der Ansicht, den sowjetfeindlichen und antidemokratischen Plänen Churchills habe auch die Politik entsprochen, die das Staatsdepartement im Hinblick auf die zum demokratischen Lager gehörenden politischen Emigranten aus den europäischen Ländern betrieb. Man behandelte sie als „verdächtige Ausländer“ und hemmte die demokratische Hilfsbewegung für Europa. Gleichzeitig aber wurden den Faschisten und Monarchisten unter den politischen Flüchtlingen in den USA keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt. Otto und Ferdinand von Habsburg,

Tibor Eckhardt, ein Agent der ungarischen Gutsbesitzer, und Fotic, der Exgesandte Jugoslawiens, sie alle fanden Zuflucht und Unterstützung in den USA.

Adamic ist entrüstet über Churchills politische Heuchelei. Einige Tage nach dem Zusammentreffen mit Tito, den der britische Expremierminister mit Tränen in den Augen umarmte und dem er für den heroischen Kampf gegen die Hitlerfaschisten dankte, habe Churchill sich insgeheim mit Gewährsleuten Mihajlović und Horvath, mit Reaktionären aus Rumänien und Bulgarien, mit Sprößlingen der Dynastie Habsburg, mit Anderspolen und griechischen Monarchisten in Rom getroffen, um über den Kampf gegen die „kommunistische Gefahr“ in Osteuropa zu beraten. Diese geheimen Zusammenkünfte hätten zwei Wochen gewährt.

So hat Churchill also noch vor Kriegsende mit Hilfe der abgeschmackten Lösung von der „kommunistischen Gefahr“ und unter Ausnutzung seiner Beziehungen zu den reaktionären USA-Kreisen Vorbereitungen für einen Antisowjetblock getroffen. Der Verfasser meint, der Führer der Diehards habe durch seine Intrigen Einfluß ausgeübt und Roosevelt daran gehindert, eine Politik der engeren Annäherung an die Sowjetunion zu betreiben.

Seine letzten Lebenstage widmete Präsident Roosevelt der Vorbereitung der Konferenz von San Franzisko, die er mit Ungeduld erwartete. Er setzte große Hoffnungen auf die UNO. Aber er starb, bevor die Konferenz eröffnet wurde.

Roosevelt hat Amerika durch schwere Prüfungen hindurchgesteuert, seine Pläne in bezug auf die UNO konnte er jedoch nicht mehr verwirklichen. Elf Monate nach seinem Tode hielt Churchill in Gegenwart des neuen USA-Präsidenten, den er bereits Harry nannte, in Fulton seine Rede, in der er die Idee der UNO als Humbug hinstellte und die angelsächsischen Länder „im Namen der Zivilisation“ zum Atomkrieg gegen die Sowjetunion aufrief.

Das amerikanische Volk sei enttäuscht von der Politik seiner neuen Staatsmänner. Adamic schreibt:

„Amerikas neue Führer ... sind zwischen die Überbleibsel der Vergangenheit eingestreute Männer des Augenblicks, die alle rückwärts blicken und fürchten, vorwärts zu schauen, und die mit dem Strom schwimmen... Manche von ihnen wollen alles in ihren Kräften Stehende tun, um möglichst bald einen Krieg gegen die Sowjetunion herbeizuführen... Sie sind die Erben des Schlechtesten, was es in der Ara vor dem Krieg und während des Krieges gab, Erben des Argwohns gegen unseren mächtigsten Bundesgenossen im Kriege... Sie legen Lippenbekennisse für die schöpferischen Elemente in F. D. Roosevelts Reden und Programmen ab, tun aber nichts, um diese zu verwirk-

lichen... Der neue Präsident und seine ihm nahestehenden „Ratgeber“ scheinen keinerlei Kurs, keinerlei Ideen zu haben, die dieses Namens würdig wären, keinerlei Politik... Die Atombombe ist für sie der Mittelpunkt der Welt.“

Zum Schluß ruft Louis Adamic die USA zu einer Politik auf, die dem Geiste der UNO entspricht, er fordert auf, eine Annäherung an die Sowjetunion herbeizuführen, und schreibt:

„Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, müssen verstehen, daß die Sowjetunion und die USA potentiell und faktisch adäquate Großmächte sind und daß die Freundschaft zwischen den beiden sowohl für sie selbst als auch für die Welt überhaupt notwendig ist.“

Adamic entwirft ein Programm, wie die Innen- und Außenpolitik der USA zu demokratisieren wäre. Amerika muß sich innerlich erneuern, demokratisieren, die politische und ideologische Leere ausfüllen, in der jetzt der größte Teil des amerikanischen Volkes dahinlebt, es muß sich aktiv in den Kampf für eine einheitliche Welt einschalten, die in der Idee der UNO verkörpert ist.

In diesen Ideen Adamic' kommen zweifellos die Stimmungen und Hoffnungen der fortschrittlich denkenden Amerikaner zum Ausdruck. Sein Buch hat daher viel Aufsehen erregt und zu zahlreichen Äußerungen Anlaß gegeben.

AUS DEM BRIEFKASTEN DER REDAKTION

Noch einmal über die Artikelsammlung der amerikanischen Atomforscher

Unsere Zeitschrift brachte 1946 (in Nr. 12) eine Rezension M. Rubinstein's über die Artikelsammlung „Eine einheitliche oder keine Welt“, die aus Beiträgen amerikanischer Atomforscher besteht. Hierzu erhielt die Redaktion einen Brief von dem bekannten amerikanischen Gelehrten Walter Orr Roberts, der gegen einige Punkte der Rezension Einwände erhebt.

Nachstehend veröffentlicht die Redaktion den Brief W. O. Roberts' und die Antwort M. Rubinstein's.

WALTER ORR ROBERTS' BRIEF

Höhenobservatorium
Climax, Kolorado, USA,
den 24. Februar 1947

Soeben habe ich die Ausgabe Ihrer „Neuen Zeit“ vom 15. Juni v. J. zu Gesicht bekommen und möchte einiges zu der darin enthaltenen Buchbesprechung von Herrn M. Rubinstein bemerken. Ich hoffe aufrichtig, daß dieser Kommentar, aufgefaßt werden wird, wie er wirklich gemeint ist, nämlich als freundschaftliche Kritik.

Herr Rubinstein hat, so scheint mir, die läblichen Motive der meisten Verfasser des Bandes „Eine einheitliche oder keine Welt“ übersehen. Genauer gesagt, er hat ihnen eine wohlmeinende (oder zum Teil wohlmeinende) Naivität zugeschrieben. Aber ich denke, daß er den Hauptzweck des Buches verkannt hat, ja auch den ausschlagge-

benden Einfluß, den das Buch auf die Amerikaner ausgeübt hat.

Ich will es nicht unternehmen, Herrn Rubinstein's Argumente Punkt für Punkt zu widerlegen, fühle jedoch, daß zwei oder drei Punkte bestimmt eine sorgfältige Analyse erheischen. Erstens glaube ich, mit Recht feststellen zu können, daß die Wissenschaftler, die das Buch schrieben, und tatsächlich auch die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Wissenschaftler, sich unzweideutig gegen die Theorie wenden, daß Amerika die Atomenergie als Waffe für einen Blitzkrieg benutzen soll. Man hat die Möglichkeit eines „Blitzkriegs“ nur deshalb erwähnt, um die militärische Idee, Amerika könne durch militärische Macht Sicherheit finden, zu diskreditieren. Es sollte den Amerikanern klargemacht werden, daß ihrem Verlangen nach Frieden und nationaler Sicherheit nicht durch Militarismus, sondern nur durch einen festen und biegsamen Internationalismus Genüge getan werden kann.

Zweitens verbirgt sich hinter dem Wunsch der Gelehrten, zu einem wirksamen Internationalismus in der Kontrolle der Atomenergie und aller anderen Formen des Krieges beizutragen, sicher nicht der Wunsch, einen Weltstaat unter der Oberherrschaft Amerikas zu schaffen. Ich finde auch nicht, daß die Farben zu dick aufgetragen sind. Wenn das Bild, das vom Atomkrieg entworfen wurde, den Amerikanern Furcht einjagt, so kommt das meiner Ansicht nach einfach daher, daß der Krieg unerträglich ist. Die meisten von uns in Amerika haben nicht, wie das mutige Volk Bjeloruslands, Gelegenheit gehabt, die Schrecken der Kriegszerstörungen mit eigenen Augen zu sehen. Da wir diese traurige Gelegenheit nicht hatten, muß uns das Bild in klarer, uns vertrauter Sprache geschildert werden. Wir malen den Krieg grauenhaft. Wir tun es, weil der Krieg grauenhaft ist. Unser Ziel ist, die Amerikaner zu überzeugen, daß sie bereit sein müssen, die Kosten der Abwendung eines Krieges zu tragen.

Ich glaube aufrichtig daran, daß die Ziele der amerikanischen Wissenschaftler, wie sie z. B. in der Arbeit der Föderation amerikanischer Wissenschaftler zum Ausdruck kommen, darin bestehen, jede sich bietende Möglichkeit zu friedlicher internationaler Zusammenarbeit zu fördern. Am allerfernsten liegen uns „reaktionäre Utopien von einer Weltherrschaft der USA unter dem Aushängeschild eines ‚Weltstaats‘“. Leider ist Ihrem Mitarbeiter das Motiv entgangen, das den Äußerungen der Verfasser von „Eine einheitliche oder keine Welt“ vor allem zugrunde lag, nämlich daß sie für die friedliche internationale Zusammenarbeit eintreten wollten.

Diejenigen unter uns, die von ganzem Herzen an die Zusammenarbeit der Welt und an den Weltfrieden glauben, müssen sich leider etwas getroffen fühlen, etwa wie Herr Ehrenburg, als er bei der amerikanischen Presse einen Mangel an Objektivität feststellte. Wir haben das Gefühl, daß Ihr Rezensent unsere Ziele und Ideale nicht mit der nötigen Leidenschaftlosigkeit untersucht hat. Einen solchen Mangel aber bedauern wir, wo immer er sich zeigen mag.

Ich bitte Sie zu verstehen, daß ich Ihnen diese Gedanken in aller Aufrichtigkeit und durchaus nicht in dem Wunsch zu obstruieren unterbreite. Für mich ist eins der allerwichtigsten Probleme unseres ganzen Planeten die Förderung engerer persönlicher Freundschaft zwischen den Menschen aller Nationen. Unser aller Ziel muß es sein, das Gute im Leben miteinander zu teilen, und selbst wenn wir uns manchmal sehr weit von diesem Ideal entfernen, können wir doch die erforderliche Richtung halten, wenn wir uns nur frei und ruhig zur Diskussion unserer gemeinsamen Probleme zusammenfinden.

Anbei sende ich Ihnen einen Ausschnitt aus der „Denver Post“, in der ich allwöchentlich einen Artikel veröffentlichte. Sie werden daraus wenigstens zum Teil erkennen, wie ich über einige dieser Probleme denke.

Mit aufrichtiger Hochachtung

Ihr
Walter Orr ROBERTS

ANTWORT AN WALTER ORR ROBERTS

Moskau, den 6. April 1947

Sehr geehrter Herr Roberts!

Ihre Bemerkungen zu meiner Rezension der Artikelsammlung amerikanischer Atomforscher „Eine einheitliche oder keine Welt“, veröffentlicht in Nr. 12, Jahrgang 1946 der „Neuen Zeit“, habe ich mit großem Interesse gelesen.

Mir scheint, ein großer Teil dieser Bemerkungen beruht auf einem Mißverständnis. Die Motive und das aufrichtige Streben nach Frieden und nach internationaler Zusammenarbeit auf Seiten der gelehrten Verfasser des Sammelbandes und der meisten sie unterstützenden Wissenschaftler der USA habe ich in keiner Weise angezeifelt. Im Gegenteil.

In meiner Rezension hob ich hervor, „daß viele Kapitel dieses Buches reichhaltiges Tatsachenmaterial und viele interessante Gedanken enthalten, die von der ehrlichen Beurteilung der Atomforscher über die Früchte eingegangen sind, die ihre Arbeit dem amerikanischen Volk und der ganzen Menschheit bringen wird“. Gleichzeitig sagte ich: „Infolge ihrer Erfahrung in ökonomischen und politischen Fragen wählen die meisten dieser großen Gelehrten in ihrer Unruhe und auf der Suche nach einer Lösung jedoch nicht immer den richtigen Weg. Politiker vom Schlag Lippmanns aber wollen diese Suchenden auf die Bahn faktischer Verneinung einer friedlichen Zusammenarbeit locken, auf die Bahn reaktionärer Utopien von einer Weltherrschaft der USA unter dem Aushängeschild eines ‚Weltstaats‘.“ Ich bin der Ansicht, daß die in Ihrem Brief angeschnittenen Fragen die Richtigkeit dieser Anschatungen bestätigen.

Sie schreiben, die Verfasser des Sammelbandes sprächen von der Möglichkeit eines „Blitzkriegs“ in dem läblichen Vorsatz, die militaristischen Ideen zu diskreditieren. Mit guten Vorsätzen aber ist, wie man sagt, der Weg zur Hölle gepflastert. Ist es doch durchaus kein Geheimnis, daß die Ideen eines „Blitzkriegs“ mit Hilfe von Atom-sprengstoffen, weittragenden Raketengeschossen, radioaktiven Wolken, biologischen Kampfmitteln usw. in Militaristenkreisen der USA weit verbreitet sind. Fast in jeder Ausgabe der militärischen und der wissenschaftlichen und technischen Zeitschriften (vor allem im Sprachrohr der Kriegsindustriellen „Army Ordnance“) sowie in der Tagespresse, die so oder anders die Hirne von Millionen Amerikanern — die Wissenschaftler nicht ausgeschlossen — beeinflussen, werden diese Ideen in allen Tonarten angepriesen. Dabei wird nicht erwähnt, daß diese abenteuerlichen Ideen unverkennbar der während des zweiten Weltkrieges zusammengebrochenen Hitlerschen Kriegsideologie entlehnt sind. Kann man es unter solchen Umständen als richtig bezeichnen, wenn in einigen Artikeln des Sammelbandes „Eine einheitliche oder keine Welt“ (besonders in dem Artikel von Armeegeneral Arnold) die Theorie des „Blitzkriegs“ nicht nur nicht bloßgestellt, sondern im Gegenteil unterstützt und ausgebaut wird?

Dasselbe trifft für die Frage des „Weltstaats“ zu. Ich will gern glauben, daß den meisten amerikanischen Gelehrten die reaktionäre Utopie einer Weltherrschaft der USA unter dem Aushängeschild eines „Weltstaats“ fernliegt. Eine unzweifelhafte Tatsache ist jedoch, daß Walter Lippmann in seinem in dem Sammelband veröffentlichten Artikel eben diese reaktionäre Utopie predigt und allen denen mit Atombomben droht, die „primitiv und halsstarrig sind“ und sich mit solchen „Menschheitsidealen“ nicht einverstanden erklären können.

Ebenso unzweifelhaft ist, daß einzelne Verfasser des Sammelbandes und auch andere amerikanische Gelehrte diese geschickt gelarten Ideen Lippmanns für bare Münze nahmen und in der Tat seine Pläne unterstützten, die auf die faktische Liquidierung des Prinzips der Einmütigkeit unter den Großmächten in Fragen der Atomenergie hinauslaufen und deren Verwirklichung einer künftigen Aggression den Weg ebnen würde. Eben hiermit und mit der Einwirkung der die Wahrheit verhehlenden oder verdrehenden reaktionären Presse erkläre ich es mir, wenn viele Mitglieder der Föderation amerikanischer Atomforscher die von der Sowjetunion gemachten Vorschläge in Fragen der Atomenergie nicht verstehen.

Sie sind nicht einverstanden mit meiner Bemerkung, daß in dem Buch „Eine einheitliche oder keine Welt“ „viele Verfasser die Farben zu dick auftragen“. Meine Bemerkung bezog sich nicht auf die Verheerungen und Schrecken, mit denen die Anwendung der Atomenergie zu Kriegszwecken die friedliche Bevölkerung der Städte bedroht, sondern auf die in einzelnen Artikeln des Sammelbandes immer wiederkehrende Behauptung, die Atomwaffe sei im Kriege ausschlaggebend, gegen sie sei kein Kraut gewachsen usw. Auch hier führen die der Wirklichkeit nicht entsprechenden Behauptungen trotz aller läblichen Vorsätze der Verfasser zu Resultaten, die diesen Vorsätzen diametral zuwiderlaufen. Ohne es zu wollen, unterstützen sie die ungewöhnlich groß angelegte Kampagne der Atomimperialisten, die Schwachnervige einschüchtern und Atomerpresserei betreiben wollen. Dabei steht unzweifelhaft fest, daß die Atombomben in erster Linie eine der Massenvernichtung dienende Waffe darstellen, die sich weniger gegen die Armee des Gegners, als gegen die Einwohnerschaft großer Städte richtet.

Es tut mir leid, daß meine schon im Juni v. J. veröffentlichte Rezension so spät zu Ihnen gelangt ist. Aber bekanntlich hat jedes Übel auch sein Gutes. Die seither verflossenen zehn Monate haben genügend Anhaltspunkte für die Überprüfung der kritischen Bemerkungen geliefert, die in meiner Rezension und den andern diese Frage betreffenden Artikeln enthalten waren.

Betrachten wir einige der wichtigsten Tatsachen.

Erstens ist zu konstatieren, daß alle Versuche der Sowjetvertreter in der Atomkommission und im Sicherheitsrat, die dringendsten Aufgaben der UNO — Verbot der Atomwaffe und Vernichtung der Atombombenbestände — zu lösen, bei den Anhängern des „Baruch-

plans“ bisher auf erbitterten Widerstand gestoßen sind. Die Verfechter dieses Plans suchen dadurch, daß sie dem Kontrollorgan unbegrenzte Rechte einräumen und ihm die Atombetriebe völlig überlassen und seiner Verwaltung unterstellen wollen, den USA die Weltherrschaft auf dem Gebiet der Atomenergie zu sichern. Wie sehr die amerikanische Presse den Sinn der Sowjetvorschläge auch entstellen mag, wie sehr sie sich auch abmühen mag, die Schuld auf Unschuldige abzuwälzen, so kann sie doch die auf der Hand liegende Tatsache nicht leugnen, daß die amerikanische Regierung nicht wünscht, eine Konvention über das Verbot der Atomwaffe abzuschließen.

Zweitens wird in den USA die Herstellung und Aufspeicherung von Atombomben ununterbrochen fortgesetzt, die zur Entwicklung der Atomwaffe bereitgestellten Summen werden erhöht. Zwar ist mit dem 1. Januar d. J. laut einem im Kongreß angenommenen Gesetz die Entwicklung der Atomenergie und die Verwaltung der Betriebe zur Herstellung von Atommaterialien in die Hände der Kommission für Atomenergikontrolle im Landesinnern (Civilian Atomic Energy Commission) übergegangen. Es ist den Militärbehörden jedoch gelungen, dieses Gesetz zu umgehen und sich die faktische Leitung der Atomforschungen und die Verfügungsgewalt über die im Staatshaushalt hierfür ausgeworfenen Riesenmittel vorzubehalten. Wie die Zeitschrift „United States News“ meldet, haben die Militärkreise sich ihre früheren entscheidenden Posten gesichert, bevor die Zivilkommission ihre Arbeit aufnahm. Daher stellt die Kommission heute fest, „daß der militärische Standpunkt in der Produktion, den Forschungen und der Entwicklung der Atomenergie maßgebend ist“.

Wenn drittens irgend jemand nicht wüßte, zu welchem Zweck noch immer Atombomben produziert und die zur Verwertung der Atomenergie für militärische Zwecke betriebenen Arbeiten weitergeführt werden, so ist in der letzten Zeit auch diese Frage völlig geklärt worden.

Kürzlich fand in der amerikanischen Presse eine Diskussion darüber statt, ob es Sinn hätte, Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abzuwerfen. Ich gehe hier nicht auf den Kernpunkt der Diskussion ein, an der einige Verfasser des besprochenen Sammelbandes sowie Präsident Truman teilgenommen haben. Bemerkenswert aber ist der „Beitrag“, den die amerikanischen Militärkreise und Vertreter der Rüstungsindustrie zu dieser Diskussion geleistet haben.

So gab z. B. Flottenadmiral William F. Halsey ein Interview, in dem er bedauert, daß die Atomwaffe in Hiroshima und Nagasaki eingesetzt wurde, als der Krieg im Pazifikraum faktisch schon gewonnen war und Japan um Frieden bat. Er geht dabei keineswegs von humanen Gesichtspunkten aus, wie einzelne amerikanische Gelehrte, die seinerzeit gegen den Abwurf der Bomben protestierten. Admiral Halsey ist vielmehr ungehalten, weil der militärisch nicht notwendige Einsatz der Atomwaffe zu früh verraten hat, daß die USA eine neue Waffe besitzen und daß ihnen dadurch das Element der Überrumpfung für einen künftigen Krieg verlorengegangen ist.

Die Zeitschrift „Army Ordnance“ (November/Dezember 1946) erklärt in ihrem Leitartikel, die meisten amerikanischen Strategen, die jetzt die Erfahrungen des zweiten Weltkriegs studieren, seien mit Admiral Halseys Ansicht einverstanden. Die Zeitschrift führt ihrerseits diese Ansichten noch weiter aus und vervollständigt sie. Davon ausgehend, „daß der letzte Krieg noch nicht geführt ist“, schreibt die Zeitschrift, falls alle anderen Methoden zur Abwendung künftiger Kriege sich als fruchtlos erwiesen, würde die Verwendung der Atombombe ein „Segen“ sein. Dies ist die unverblümte Sprache der Atomimperialisten.

Die vierste Tatsache aus der jüngsten Vergangenheit, eine Tatsache, die ich für die wichtigste und vielleicht verhängnisvollste halte, ist schließlich der beschleunigte Militarisierungsprozeß in der amerikanischen Wissenschaft. Diese Frage haben wir in der vorigen Nummer unserer Zeitschrift behandelt. In diesem Zusammenhang ist nur herzuheben, daß — wie der ehemalige USA-Vizepräsident Wallace festgestellt hat — die Politik der Militärbehörden auf wissenschaftlichem Gebiet darauf hinausläuft, Amerikas Gelehrtenwelt zu zersplittern und teilweise zu korrumpern, indem sie sie nolens volens vor den Wagen des streitbaren amerikanischen Imperialismus spannt. Es ist kein Zufall, daß sich einige amerikanische Gelehrte jüngst durch offen militaristische Äußerungen besudelt haben, womit sie nur die Ehre der amerikanischen Wissenschaft in den Schmutz zu ziehen suchten.

Wie wäre z. B. die Theorie des „permanenten Krieges“ und die Propaganda einer Gemeinschaft der Militärs, der Industriellen und Gelehrten (zum Zweck des Dienstes am Krieg) zu bezeichnen, die Dr. Vannevar Bush auf dem 28. Kongreß der Assoziation für Armeebewaffnung in Washington am 2. Oktober v. J. vorschlug? Oder die Aufforderung Dr. Karl Comptons nach der Erprobung der Atombomben auf Bikini, derartige „praktische Manöver“ zu wiederholen, um „die militärische Organisation im Bereitschaftszustand zu halten“?

Zweifellos führt ein großer Teil der amerikanischen Gelehrtenwelt gemeinsam mit der ganzen fortschrittlichen Menschheit einen hartnäckigen, tagtäglichen Kampf gegen diese Tendenzen. Damit dieser Kampf aber erfolgreich sei,

müssen die Ziele und Aufgaben klar sein, müssen die komplizierten Beziehungen und Verflechtungen der Entwicklung von Wissenschaft und sozialem Leben, Wissenschaft und Ökonomie, Wissenschaft und Politik richtig verstanden werden.

Einzig und allein diesen Zweck verfolgen meine kritischen Bemerkungen in der Rezension des Sammelbandes „Eine einheitliche oder keine Welt“. Wie die kritischen Bemerkungen in Ihrem Brief, so waren auch die meinen eine freundschaftliche Kritik, die zum gegenseitigen Verständnis und zur Klärstellung der Wahrheit beitragen soll, auf die die echte Wissenschaft immer bedacht sein muß.

Ich bin ganz wie Sie der Meinung, daß es möglich ist, „die erforderliche Richtung zu halten, wenn wir uns nur frei und ruhig zur Diskussion unserer gemeinsamen Probleme zusammenfinden“. Das Problem des dauerhaften Friedens und der internationalen Sicherheit, das Problem der Auswertung der großen Kräfte und unbegrenzten Möglichkeiten, die die moderne Wissenschaft bietet, zum Wohl der Menschheit, nicht aber zur Vernichtung und Zerstörung, — das sind heutzutage die wichtigsten und brennendsten Probleme.

Ich bin überzeugt, daß die gemeinsame Erörterung dieser Probleme dazu beitragen wird, viele Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen sowie eine gemeinsame Sprache und die erforderliche Richtung zu finden im Kampf gegen die unheilvollen Kräfte der Reaktion, die die Welt in den Abgrund eines neuen Krieges stürzen wollen.

Mit aufrichtiger Hochachtung

M. RUBINSTEIN

P. S. Mit Vergnügen habe ich Ihren Artikel in dem Ihnen Brief beigelegten Zeitungsausschnitt gelesen. Von ganzem Herzen begrüße ich Ihren Kampf für die Annäherung und das gegenseitige Verständnis der großen Völker der USA und der UdSSR, den Kampf gegen die Brandstifter eines neuen Krieges. Ich wünsche Ihnen Erfolg in diesem Kampf und in Ihrer wissenschaftlichen Arbeit.

M. R.

7. April

A. A. Gromyko fordert in einer Rede vor der Sicherheitsratsskommission für die herkömmlichen Rüstungen die schleunigste Inkraftsetzung des von der UNO-Generalversammlung gefaßten Beschlusses über die allgemeine Rüstungsbeschränkung.

England und die USA schließen ein Abkommen, wonach die englischen Heeres-, Marine- und Luft-

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

April 1947

fahrtmissionen so lange in Griechenland verbleiben, bis die Kampagne der griechischen Regierung gegen die demokratische Armee abgeschlossen ist.

8. April

Der ehemalige USA-Vizepräsident Henry A. Wallace trifft in England ein.

9. April

Der Sicherheitsrat nimmt mit 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen (der Vertreter der Sowjetunion und Polens) die englische Resolution an, der zufolge die Streitigkeit zwischen England und Albanien über den

Zwischenfall im Kanal von Korfu dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet wird.

Die chinesische Presse veröffentlicht eine Protesterklärung der demokratischen Gruppe in der Kuomintang gegen die amerikanische Chianapolitik.

Der USA-Senat bestätigt die Ernennung David E. Lilienthals zum Zivilleiter der Kommission für Atomenergiekontrolle im Landesinnen (United States Domestic Atomic Energy Commission).

10. April

Fortsetzung der Aussprache im Außenministerrat über die grundlegenden Direktiven für die Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland, einschl. der Grenzfrage, der Fragen des Ruhrgebiets, der Rheinlande u. a.

Der polnische Außenminister Modzelewski verliest vor einer Pressekonferenz eine offizielle Erklärung der polnischen Regierung zu der Aussprache im Außenministerrat über die Frage der polnischen Westgrenzen.

11. April

W. M. Molotow gibt im Außenministerrat eine Erklärung zu den Fragen des Saargebiets, der Rheinlande und des Ruhrgebiets ab. Beginn der Aussprache der Minister über den Bericht des Koordinationskomitees betreffend die Form und den Wirkungsbereich der provisorischen polnischen Organisation Deutschlands.

Rücktritt der finnischen Regierung Pekkala.

Im Libanon halten die Präsidenten Syriens und des Libanons eine Beratung ab über die Palästinafrage.

und über die Anlage einer Syrien durchquerenden Erdölleitung der Trans-Arabian Pipeline Company.

12. April

Fortsetzung der Aussprache im Außenministerrat über den Bericht des Koordinationskomitees betreffend die Form und den Wirkungsbereich der provvisorischen politischen Organisation Deutschlands.

Nach vierwöchigem Aufenthalt in England kehrt die Delegation der Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR unter Führung von W. W. Kusnezow, Präsidenten des Nationalitätenowjets, nach Moskau zurück.

13. April

In Polen beginnt eine „Woche der Westgebiete“.

Die iranischen Behörden verhaften Rusta, den Vorsitzenden des Zentralkomitees der iranischen Gewerkschaften und Mitglied des Vollzugsausschusses der Weltföderation der Gewerkschaften.

14. April

Fortsetzung der Aussprache im Außenministerrat über den Entwurf betreffend die Prozedur der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland. Die Minister beginnen ferner mit der Erörterung des Entwurfs eines Viermächtevertrages über die Demilitarisierung Deutschlands.

Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Indien.

In Moskau trifft eine bulgarische Handelsdelegation unter Führung des Handels- und Ernährungsministers Iordan Boshiloff ein.

Einhunderttausend Berliner Arbeiter treten, dem Ruf der Gewerk-

schaften folgend, in einen Zehnminutenstreik zum Protest gegen die Wiedereinsetzung des Hitlerfaschisten von Witzleben zum Verwaltungsdirektor des Siemenskonzerns.

General de Gaulle gibt die Gründung der Vereinigung des französischen Volkes (Rassemblement du peuple français) bekannt, die für eine „Reorganisation des französischen Staatswesens“ kämpfen will.

15. April

J. W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, empfängt den USA-Staatssekretär G. Marshall.

Fortsetzung der Aussprache im Außenministerrat über den Entwurf eines Viermächtevertrages betreffend die Demilitarisierung Deutschlands.

Veröffentlichung einer Mitteilung über die von den Regierungen der Sowjetunion und der USA getroffene Vereinbarung betreffend die Aufnahme von Verhandlungen zwecks endgültiger Regelung der noch offenen Leih- und Pachtfragen.

Das Volksgericht in Bratislava verurteilt die slowakischen Volksverräter Tiso und Durčansky zum Tode.

16. April

Aussprache im Außenministerrat über den Bericht der Kohlensäciverständigen sowie Beginn der Erörterung des Vertragsentwurfs über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs.

Schluß des Prozesses gegen die Führer der antirepublikanischen Verschwörung in Budapest. Drei der Verschwörer, György Dónáth, Lajos Veres und Sándor András, werden zum Tode verurteilt.

VERLAGSANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR POLITISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

- K. MARX und F. ENGELS — *Gesammelte Werke in russischer Übersetzung*. Band XXIX. Briefe. 500 S., Rbl. 10,—
- W. I. LENIN — *Ausgewählte Werke*. In zwei Bänden. 4. Auflage.
Band I, 864 S., Rbl. 12,—
„ II, 852 „ „ 12,—
- W. I. LENIN — *Aprilthesen*. 80 S., Rbl. 1,—
- W. I. LENIN — *Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll*. 48 S., Rbl. —,60
- J. STALIN — *Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten*. Vorwort zu dem Buch „Auf dem Wege zum Oktober“, 48 S., Rbl. —,30
- M. D. BAGIROW — *Aus der Geschichte der bolschewistischen Organisation von Baku und Aserbaidschan*. 228 S., Rbl. 5,—
- ÜBER DIE MASSNAHMEN ZUR HEBUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN DER NACHKRIEGSZEIT. Beschuß der Plenartagung des ZK der KPdSU(B) zu dem Referat von A. A. Andrejew. 64 S., Rbl. —,50
- A. A. ANDREJEW — *Über die Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit*. Referat auf der Plenartagung des ZK der KPdSU(B). 64 S., Rbl. —,50
- A. G. SWERJEW — *Über den Staatshaushalt der UdSSR für das Jahr 1947*. Referat und Schlußwort des Finanzministers der UdSSR auf der dritten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (2. Legislaturperiode) 20.—25. Februar 1947. 56 S., Rbl. —,60
- A. J. WYSCHINSKI — *Zu den beantragten Änderungen und Ergänzungen des Textes der Verfassung der UdSSR*. Referat auf der dritten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (2. Legislaturperiode) am 25. Februar 1947. 36 S., Rbl. —,40
- N. JAKOWLEW — *Die sozialistische Oktoberrevolution und ihr Platz in der Geschichte unseres Heimatlandes*. 62 S., Rbl. —,80
- S. G. KOLESNIKOWA — *Über den Sowjetpatriotismus*. 64 S., Rbl. 1,—
- N. MATJUSCHKIN — *Die Freundschaft der Völker der UdSSR — eine Quelle der Kraft des Sowjetstaates*. 176 S., Rbl. 2,50
- S. MAJOROW und N. MICHAILOW — *Die Große Russische Föderation*. 104 S., Rbl. 1,50
- F. WEITIKOW — *Wie die Elektrifizierung des Sowjetlandes bewerkstelligt wurde*. 132 S., Rbl. 3,50
- Prof. F. KOSCHELJOW — *Das Stalinsche Statut — das Grundgesetz des kollektiwirtschaftlichen Lebens*. Zweite, ergänzte Auflage. 96 S., Rbl. 1,—
- Prof. S. TUREZKI — *Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten im neuen Planjahrfünft*. 128 S., Rbl. 1,50

VERLAG „DER MOSKAUER ARBEITER“

Neuerscheinungen:

POLITISCHE LITERATUR

- W. KARPINSKI — *Worin besteht die Macht der Sowjetunion?* 48 S., Rbl. 1,—
- Generalmajor A. KOWALEWSKI — *Die Sowjetarmee auf der Wacht für Frieden und Sicherheit*. 32 S., Rbl. —,35
- N. ARALOWETZ — *Die Frau — ein großer Kraftfaktor der Sowjetgesellschaft*. 64 S., Rbl. 1,50
- ÜBER DIE MASSNAHMEN ZUR HEBUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN DER NACHKRIEGSZEIT. Beschuß der Plenartagung des ZK der KPdSU(B) zu dem Referat von A. A. Andrejew. 80 S., Rbl. —,65
- A. A. ANDREJEW — *Über die Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit*. Referat auf der Plenartagung des ZK der KPdSU(B). 64 S., Rbl. —,50
- NAMHAFTE PERSONLICHKEITEN UNSERES LANDES
- N. WERSHBIZKI, P. WOIZECHOWSKI — *Der Stern des Helden*. 52 S., Rbl. 1,75
Erzählung über I. A. Jatzkow, einen Helden der sozialistischen Arbeit.
- S. FOMIN — *Ein in Erfüllung gegangener Traum*. 88 S., Rbl. 2,75
Skizze über den Glasbläser S. I. Koroljow, einen bekannten Erfinder auf dem Gebiete der Glasfabrikation.
- SCHÖNE LITERATUR
- W. NEKRASSOW — *In den Schützengräben Stalingrads*. 268 S., Rbl. 13,—
- W. KOWALEWSKI — *Der Besitzer der Dreiberge*. 254 S., Rbl. 12,—
Historischer Roman.

Alles in russischer Sprache.

|||||

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRten, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONlichkeiten DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.